

Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
in Verbindung mit dem
Institut für Sozialgeschichte e. V.
Braunschweig – Bonn

45. Band · 2005

Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.

REDAKTION: BEATRIX BOUVIER
 DIETER DOWE
 PATRIK VON ZUR MÜHLEN
 MICHAEL SCHNEIDER

SCHRIFTLLEITUNG: FRIEDHELM BOLL

REDAKTIONSASSISTENZ: ANJA KRUIKE

Redaktionsanschrift:
 Institut für Sozialgeschichte
 Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
 Tel. 02 28 / 88 34 70, Fax 02 28 / 88 34 97
 E-Mail: AfS@FES.de

Herausgeber und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

ISSN 0066-6505
 ISBN 3-8012-4159-9

© 2005 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
 Umschlag und Einbandgestaltung: Bruno Skibbe, Braunschweig
 Satz: POPYRUS – Schreib- und Büroservice, Bonn
 Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
 Alle Rechte vorbehalten
 Printed in Germany 2005

Inhalt

BEITRÄGE ZUM RAHMENTHEMA »WEST-OST-VERSTÄNDIGUNG IM SPANNUNGSFELD VON GESELLSCHAFT UND STAAT SEIT DEN 1960ER-JAHREN«

Stefan Berger/Norman LaPorte, Britische Parlamentarierkontakte nach Osteuropa 1945–1989. Zwischen *fellow travelling* und ostpolitischer Erneuerung..... 3

Arnd Bauerkämper, Ein asymmetrisches Verhältnis. Gesellschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Großbritannien und der DDR von den Sechziger- zu den Achtzigerjahren..... 43

Peter Haslinger, Eine Option in Richtung Europa? Österreich im außenpolitischen Kalkül der ungarischen Kommunisten 1956–1989 59

Karl-Heinz Schlarp, Die ökonomische Untermauerung der Entspannungspolitik. Visionen und Realitäten einer deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation im Zeichen der Neuen Ostpolitik 77 ✕

Guido Thiemeyer, »Wandel durch Annäherung«. Westdeutsche Journalisten in Osteuropa 1956–1977..... 101 ✕

Dieter Bingen, Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa. Der Testfall Polen 117 ✕

Robert Zurek, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens bei der deutsch-polnischen Aussöhnung 1966–1972 141 ✕

Karl-Joseph Hummel, Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1945–1978 165

Arkadiusz Stempin, Das Maximilian-Kolbe-Werk. Brückenbauer zwischen den deutsch-polnischen Fronten in den Jahren der Entspannungspolitik..... 215 ✕

Krzysztof Ruchniewicz, Der Entstehungsprozess der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission 1937/38–1972..... 237

Thomas Strobel, Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972–1989..... 253 ✕

Zofia Wóycicka, Zur Internationalität der Gedenkkultur. Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1954–1978..... 269

Natalie Bégin, Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von *Solidarność* in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich..... 293

Dorota Dakowska, Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen zwischen 1971 und der friedlichen Revolution 325

<i>Pertti Ahonen</i> , German Expellee Organizations. Between Revisionism and Reconciliation.....	353
<i>Lawrence S. Wittner</i> , About the Peace Movements and Their Relations. A Comparison of their Development and Impact in East and West.....	373
<i>Anke Stephan</i> , Zwischen Ost und West. Die unabhängige Frauenbewegung in Leningrad 1979–1982	407
<i>Jan C. Behrends/Friederike Kind</i> , Vom Untergrund in den Westen. <i>Samizdat</i> , <i>Tamizdat</i> und die Neuerfindung Mitteleuropas in den Achtzigerjahren.....	427
<i>Sonja Häder</i> , Selbstbehauptung wider Partei und Staat. Westlicher Einfluss und östliche Eigenständigkeit in den Jugendkulturen jenseits des Eisernen Vorhangs	449
FORSCHUNGSBERICHTE UND REZENSIONEN	
<i>Christian Noack</i> , Tourismus in Russland und der UdSSR als Gegenstand historischer Forschung. Ein Werkstattbericht	477
<i>Carla Albrecht</i> , Neuere Forschungen zu den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen nach 1945.....	499
<i>Michael Schneider</i> , Geschichtswissenschaft im Dritten Reich. Eine Zwischenbilanz	509
<i>Friedrich Kießling</i> , Nationalsozialismus als politische Religion. Zu einer neuen und alten Deutung des Dritten Reichs	529
<i>Frank Bösch</i> , Zwischen Populärkultur und Politik. Britische und deutsche Printmedien im 19. Jahrhundert	549
<i>Uta Andrea Balbier</i> , »Spiel ohne Grenzen«. Zu Stand und Perspektiven der deutschen Sportgeschichtsforschung.....	585
<i>Till Kössler</i> , Partei, Bewegung und Lebensform. Neuerscheinungen zur Geschichte des Kommunismus in Deutschland	599
<i>Christopher Kopper</i> , »Gute Straßen bis ins letzte Dorf!« Neue Forschungen zur Verkehrsgeschichte.....	615
<i>Jürgen Martschukat</i> , Gewalt und Gesellschaftsordnung. Die Todesstrafe als Gegenstand sozial- und kulturhistorischer Forschung in Westeuropa und den USA	625
*	
<i>Ilse Fischer</i> , Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888–1939). Ein »leidenschaftlicher Individualist« in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern, Bonn 2004 (Hans O. Hemmer).....	645
<i>Götz Aly</i> , Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005 (Michael Schneider).....	647

<i>Isabel Heinemann</i> , »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003 (Bianka Pietrow-Ennker)	650
<i>Michael Hesemann</i> , Hitlers Religion. Die fatale Heilslehre des Nationalsozialismus, München 2004 (Michael v. Prollius).....	652
<i>Hans Maier</i> (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Band III: Deutungsgeschichte und Theorie, Paderborn 2003 (Michael v. Prollius).....	652
<i>Richard Steigmann-Gall</i> , The Holy Reich. Nazi Conceptions of Christianity, 1919–1949, Cambridge 2003 (Michael v. Prollius).....	652
<i>Gerd Hankel/Gerhard Stuby</i> (Hrsg.), Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995 (Alexander J. Schwitanski)	657
<i>Gerd Hankel</i> , Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003 (Alexander J. Schwitanski)	657
<i>Heike B. Görtemaker</i> , Ein deutsches Leben. Die Geschichte der Margret Boveri, München 2005 (Dagmar Bussiek).....	662
<i>Ursula Langkau-Alex</i> , Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Erster Band: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Berlin 2004/2005; Zweiter Band: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront; Dritter Band: Dokumente, Chronik und Verzeichnisse (Patrik von zur Mühlen)	664
<i>Joachim Radkau</i> , Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000 (Neuaufgabe 2002) (Thomas Zeller)	666
<i>Andrei Corbea-Hoisie/Rudolf Jaworski/Monika Sommer</i> (Hrsg.), Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis, Innsbruck etc. 2004 (Christian Domnitz)	667
<i>Anna Zarnowska</i> , Workers, Women, and Social Change in Poland, 1870–1939, Aldershot 2004 (Jutta Schwarzkopf).....	670
<i>Margarete Kollmar</i> , Mit der Reichsbahn ins Blaue. Eine populäre Tourismusform in den 1930er-Jahren, Hövelhof 2005 (Christopher Kopper)	672
<i>Habbo Knoch/Daniel Morat</i> (Hrsg.), Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880–1960, München 2003 (Stefan Moitra)	673
Summaries	677
Résumés.....	687
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bandes	697
Rahmenthemen der nächsten Bände des »Archivs für Sozialgeschichte«.....	702
Einzelrezensionen finden Benutzer des »Archivs für Sozialgeschichte« unter www.fes.de/afs-online	

Karl-Heinz Schlarp

Die ökonomische Untermauerung der Entspannungspolitik

Visionen und Realitäten einer deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation im Zeichen der Neuen Ostpolitik

I. DER HANDEL ALS BRÜCKE ZWISCHEN OST UND WEST

Standen die Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ganz im Zeichen von Adenauers Westintegration, so wurden die frühen 1970er-Jahre von der Neuen Ostpolitik Willy Brandts geprägt. Fiel es im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik schwer, auch Osteuropa wieder in die außenwirtschaftlichen Überlegungen einzubeziehen, so ebneten die aktive Ostpolitik der Großen und danach der sozial-liberalen Koalition sowie die Unterzeichnung des Moskauer und des Warschauer Vertrages vielversprechenden Handels- und Kooperationsabkommen den Weg. Es begann eine Blütezeit des Ostgeschäfts mit teilweise hochfliegenden Hoffnungen – auch in Richtung eines weitreichenden politischen Ausgleichs. Die politische Entspannung verstärkte zugleich die vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft seit langem geforderte Entpolitisierung des Osthandels. Durch die langjährigen Bemühungen um eine pragmatische Normalisierung der Beziehungen zum kommunistischen Osteuropa auf wirtschaftlichem Gebiet waren andererseits wichtige Voraussetzungen für die politische Entspannung geschaffen worden. Der ›lange Atem‹, den die Osthändler trotz aller Widrigkeiten bewiesen hatten, begann sich nun sowohl wirtschaftlich als auch politisch auszuzahlen.

Die Ostpolitik der Bundesregierung als Teil des Annäherungsprozesses zwischen Ost und West seit den 1960er-Jahren und als schwieriger Anpassungsprozess für die einseitig nach Westen ausgerichtete Bundesrepublik ist vielfach dargestellt worden.¹ Zu den ökonomischen Aspekten der Ost-West-Beziehungen gibt es dagegen nur wenige fundierte Arbeiten. Während der Verfasser selbst die lange Anlaufphase der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen bis Anfang der 1960er-Jahre eingehend untersucht hat², geht es in den breiter angelegten Darstellungen von Manfred Pohl und Mark Spaulding um eine Langzeitbetrachtung des Verhältnisses von Geschäft und Politik gegenüber dem Osten.³ Erst die jüngste Untersuchung der großindustriellen Osthandelsinteressen in der Bundesrepublik von Karsten Rudolph umfasst den gesamten Zeitraum bis zum Ende der Sowjetunion und bewertet die anhaltenden Bemühungen um den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen als eine Form der Ostpolitik, die schließlich entscheidend zu den ostpolitischen Erfolgen der sozialliberalen Koalition beigetragen habe. Ohne die diplomatischen, außenpolitischen und politisch-psychologischen Vorleistungen der deutschen Wirtschaft

1 Vgl. die letzte Zusammenfassung von *Gottfried Niedhart/Oliver Bange*, Die Relikte der Nachkriegszeit beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: AfS 44 (2004), S. 415–448.

2 *Karl-Heinz Schlarp*, Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfangsjahre der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer, Münster/Hamburg 2000.

3 *Manfred Pohl*, Geschäft und Politik. Deutsch-russische/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850–1988, Mainz 1988, und *Mark R. Spaulding*, Osthandel and Ostpolitik. German Foreign Trade Policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer, Oxford 1997.

hätte die Ostpolitik Brandts wesentlich höhere Hürden nehmen müssen.⁴ In der Tat hatte das Geschäft mit dem kommunistischen Osten stets einen hochpolitischen Aspekt. Vor allem der Sonderkonflikt zwischen Bonn und Moskau überlagerte alle konkurrierenden Interessen und wirkte sich äußerst negativ auf die Wirtschaftskontakte aus. Diese waren zwar mit Blick auf die künftige Ostpolitik der Bundesregierung durchaus hilfreich, ein Ersatz für Entspannungspolitik waren sie nicht. Hier von einer ›strategischen Allianz‹ von SPD, FDP und der am Osthandel interessierten westdeutschen Exportindustrie zu sprechen, dürfte daher reichlich übertrieben sein.⁵

Der führende Osthändler und langjährige Vorsitzende des Ost-Ausschusses, Otto Wolff von Amerongen, der sich durchaus auch als »Botschafter des guten Willens« verstand und sich auf ein beträchtliches Vertrauenskapital im Osten berufen konnte, war da viel vorsichtiger und sprach von einem »Ineinanderwirken von Wirtschaft und Politik«. ⁶ Und er ließ keinen Zweifel, dass ohne eine gesicherte politische Basis längerfristige Handelsverträge und Kooperationsabkommen nicht möglich gewesen wären.⁷ Daher sprach sich Wolff schon 1970 gegen eine erneute Politisierung des Osthandels aus und verlangte von der Politik, »das zwischenstaatliche Verhältnis wenigstens so zu regeln, dass sich die Handelsbeziehungen frei entfalten können«. ⁸ In diesem Sinne hat Angela Stent nach den Erfahrungen der Entspannung in den 1970er-Jahren die positiven Effekte der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR für die Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hervorgehoben und eine zunehmende Bedeutung des ökonomischen Faktors konstatiert, der aber nie die Priorität der politischen Ziele in Frage stellen konnte.⁹ Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen war daher von der Verbesserung der politischen Beziehungen zur östlichen Vormacht abhängig und nicht umgekehrt. Weder konnte es ›Handel ohne Wandel‹ auf Dauer geben, noch war der Handel die Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen Mitteln. Daher hatte die Normalisierung der Beziehungen als Folge der Ostverträge auch spürbar positive Auswirkungen auf den Warenverkehr.

Die wirtschaftlichen Interessen auf beiden Seiten stellten für das Zustandekommen des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970 einen wichtigen Motivationsfaktor dar. Ob damit eine neue Weichenstellung im Ost-West-Verhältnis auf der Grundlage eines politischen und psychologischen Spill-over-Effekts der verstärkten Wirtschaftsbeziehungen verbunden war und welche Auswirkungen die neue Qualität dieser Beziehungen auf den Systemkonflikt hatte, soll im Folgenden für die Blütezeit des Warenaustauschs und der großen Kooperationsprojekte vornehmlich mit der Sowjetunion in den 1970er-Jahren erörtert und dabei auch der Paradigmenwechsel der sowjetischen Außenwirtschaftspolitik samt der vom Sowjetsystem verschuldeten Strukturprobleme berücksichtigt werden.¹⁰ Dabei wird die Frage, ob wirtschaftliche Interessen zu den *forces profondes* der internationalen

4 Karsten Rudolph, *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945–1991*, Frankfurt/Main/New York 2004, S. 309.

5 Ebd., S. 230.

6 Zu seiner Biografie und seinem Anteil an der Entwicklung der bundesdeutschen Außenhandelsbeziehungen vgl. neuerdings Jochen Thies, Otto Wolff von Amerongen. Kundschafter der Marktwirtschaft, in: Peter Danylow/Ulrich S. Soénius (Hrsg.), *Otto Wolff. Ein Unternehmer zwischen Wirtschaft und Politik*, München 2005, S. 385–435.

7 Otto Wolff von Amerongen, *Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft*, München 1992, S. 114.

8 Ders., *Aspekte des deutschen Osthandels*, in: *Außenpolitik* 3 (1970), S. 143–148, hier: S. 145.

9 Angela Stent, *Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion*, Köln 1983.

10 Neben neueren Untersuchungen werden dazu auch wichtige Beiträge aus den Siebziger- und Achtzigerjahren herangezogen. Für den betrachteten Zeitraum wurde dagegen bisher noch kaum Archivmaterial ausgewertet.

Beziehungen gehören¹¹, kaum eindeutig entschieden werden können, zumal sie nie in Reinkultur in die politische Sphäre gelangen und ihr Funktionieren in bilateralen Beziehungen nicht immer eindeutig nachzuweisen ist. Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren für die deutsch-sowjetischen Beziehungen ist jedoch unbestritten.

Die ökonomische Dimension war neben der politischen und der militärischen ein wesentlicher Bestandteil der Ost-West-Beziehungen. Die Zielkonflikte dieser ›antagonistischen Kooperation‹ führten unvermeidlich zu der Frage nach der Interdependenz zwischen politischen und ökonomischen Interessendefinitionen. Die Grenzen des Warenaustauschs mit den Ländern des sowjetischen Machtbereichs wurden neben systembedingten Faktoren ganz besonders durch die politisch-militärische Konfrontation des Kalten Krieges und die strikte Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft bestimmt. Schon frühzeitig war mit dem Osthandel die Vorstellung verbunden, seine Ausweitung könne auch zur politischen Entspannung beitragen.¹² Doch bis in die zweite Hälfte der 1960er-Jahre war der Kalte Krieg auch ein Wirtschaftskrieg – die Wirtschaftsbeziehungen sollten als Zuckerbrot oder Peitsche instrumentalisiert werden –, so dass Wirtschaft und Politik nur schwer zu vereinbaren waren.¹³ Ein Ausdruck dieses schwierigen Verhältnisses war die Einrichtung des Ost-Ausschusses im Jahre 1952 als quasi-staatliches Vertretungsorgan der bundesdeutschen Wirtschaft.¹⁴ Und selbst das deutsch-sowjetische Handelsabkommen vom April 1958, das den Osthandel offiziell sanktionierte, brachte kaum Erleichterung, zumal die Bundesregierung versuchte, Geschäft und Politik zu verknüpfen. Gerade in den Beziehungen mit der Sowjetunion blieb die politische Dimension ausschlaggebend, so dass durch wirtschaftliches Entgegenkommen keine nennenswerten politischen Konzessionen zu erreichen waren. Aber ein Neuanfang war geschafft, und schon bald folgten die ersten Großaufträge. So lieferten die Stahlkonzerne Mannesmann und Thyssen zwischen 1959 und 1962 660.000 t Großrohre für den Pipelinebau und schlossen im Oktober 1962 einen Folgevertrag über weiter 160.000 t ab, der aber wegen des vom NATO-Rat beschlossenen Röhrenembargos nicht realisiert werden konnte.¹⁵ Ein letztes Mal fiel eine einseitige Entscheidung zugunsten der auswärtigen Politik.

Das Embargo bedeutete einen herben Rückschlag für die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. In Moskau verstand man den daraus resultierenden Vertragsbruch als ›feindseligen Akt‹ und lehnte Verhandlungen über eine Verlängerung des Handelsvertrages von 1958 kategorisch ab. Zwar nahm der Warenverkehr zwischen beiden Ländern

11 Vgl. *Histoire des relations internationales. Mélanges Pierre Renouvin*, Paris 1971, S. 6 f.

12 Vgl. die Empfehlung des Deutschen Bundestages vom 6. Mai 1952, die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostblockländern auszuweiten und »damit die Entspannung der Ost-West-Beziehungen zu erleichtern«. Zit. nach Karl-Heinz Schlarp, *Entstehung und Wirken des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft*, in: *Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft* (Hrsg.), *Brücke für die deutsche Wirtschaft. 50 Jahre Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft*, Köln 2002, S. 9–34, hier: S. 23.

13 Vgl. Martin Kreile, *Osthandel und Ostpolitik*, Baden-Baden 1978; Kurt Tudyka, *Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen. Materialien zur Außenwirtschaftspolitik der Ära Adenauer*, Nimwegen 1978; Reinhard Rode/Hanns-Dieter Jacobsen (Hrsg.), *Wirtschaftskrieg oder Entspannung? Eine politische Bilanz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*, Bonn 1984.

14 Vgl. dazu Schlarp, *Entstehung. Außerdem ders.*, *Das Dilemma des westdeutschen Osthandels und die Entstehung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft 1950–1952*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 40 (1993), S. 223–276.

15 Vgl. Armin Scheufler, *Das Röhrenembargo 1962/63. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der späten Adenauerzeit*, Inaugural-Diss. Gießen 1996, sowie Daniel Kothorst, *Primat der Politik als Primat der Bündnispolitik. Zum Streit um das Röhrenembargo gegen die UdSSR*, in: Rainer A. Blasius (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994, S. 97–117.

in den folgenden Jahren dennoch zu, es wurde jedoch bald sehr beklagt, dass die potentiellen Möglichkeiten einer Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nicht genutzt werden konnten. Als wirksames Mittel hierfür galt schon in den 1960er-Jahren die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit.¹⁶ Die Sowjets blieben jedoch bei ihrer harten Linie gegenüber Bonn, und so herrschte fast zehn Jahre lang ein vertragsloser Zustand, durch den die Bundesrepublik gegenüber ihren Konkurrenten auf den Ostmärkten ins Hintertreffen zu geraten drohte. Letztlich musste der Anstoß zu mehr Handel und Kooperation von der Politik, einer ›Neuen Ostpolitik‹, kommen. Gleichwohl blieb die Vorstellung virulent, der »geballte Einsatz des Wirtschaftspotentials der Bundesrepublik« könne für einen Durchbruch durch die erstarrten ostpolitischen Fronten sorgen und zusammen mit einem »westeuropäischen Partnerschaftsplan« für Osteuropa die »evolutionären Möglichkeiten« fördern.¹⁷

Um sich bei ihren Käufen im Westen vor kapitalistischer ›Ausbeutung‹ zu schützen, bestanden die Sowjets auf ausgehandelten Warenquoten, die gegeneinander aufgerechnet wurden. In den 1950er-Jahren entsprach dies noch den Absichten beider Seiten, den Handel zu begrenzen. Seit Ende der 1950er-Jahre ging Moskau aber in die Offensive und versuchte die Grenzen des bilateralen Tauschhandels durch westliche Zugeständnisse bei langfristigen Krediten für große Industrieanlagen und Schiffsbauten zu überwinden.¹⁸ Mit der beginnenden Verlangsamung des Wirtschaftswachstums wurden die Schwierigkeiten der ökonomischen Transformation, d. h. die Verbindung von extensivem und intensivem Wachstum bei gleichzeitiger Diversifizierung der Produktion, unübersehbar. Eine effektivere Nutzung der Wirtschaft hätte jedoch neben fremder Hilfe auch nachhaltige Eingriffe in die Systemstrukturen und Arbeitsmethoden bedurft.¹⁹ Da dies nicht zur Debatte stand, setzte man mit dem wegweisenden Siebenjahresplan auf den forcierten Ausbau der chemischen Industrie für die Herstellung von Kunstfasern und Kunststoffen, Düngemitteln und Petrochemikalien sowie die Erschließung riesiger Erdöl- und Naturgasvorkommen. Neben der metallurgischen sollte mit der chemischen Industrie ein weiterer Schwerpunkt der Sowjetwirtschaft entstehen. Zwar gelang es der sowjetischen Technik durchaus, eigene Wege zu beschreiten, auf längere Sicht konnten die zahlreichen Engpässe jedoch nur durch den Import kompletter Chemie-Anlagen und den Einsatz von Ingenieuren und Technikern aus dem westlichen Ausland überwunden werden.²⁰ Mit Hilfe der modernen Chemie sollten außerdem die Rohstoffbilanz und die Wirtschaftlichkeit der Industrieproduktion verbessert werden. Nicht zuletzt sollte die »weitgehende Anwendung der Chemie in der Volkswirtschaft« maßgeblich zur Schaffung der materiellen und technischen Grundlagen des Kommunismus beitragen.²¹ Die moderne Chemie bot scheinbar ungeahnte Möglichkeiten, Produktionsmittel und Konsumgüter zu niedrigen Kosten zu erzeugen, hohe Wachstumsraten und die sowjetische Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Da die strukturellen Schwächen der Sowjetwirtschaft anderweitig kaum kompensiert werden konnten, sollte der Produktionszuwachs vornehmlich durch Produktiv-

16 Vgl. hierzu den Bd. 224 (III A6) über den Ost-West-Handel 1964–68, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA).

17 Vgl. *Wenzel Jaksch*, Westeuropa, Osteuropa, Sowjetunion. Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Bonn u. a. 1965, S. 11.

18 Vgl. *Schlarp*, Zwischen Konfrontation, S. 342–352

19 Vgl. *William G. Rosenberg/Marylin B. Young*, Transforming Russia and China. Revolutionary Struggle in the Twentieth Century, Oxford 1982, S. 254–57 und 267–274.

20 Vgl. den Bericht der deutschen Botschaft Moskau vom 7.6.1963 betr. Priorität der chemischen Industrie in der volkswirtschaftlichen Planung der UdSSR, BA Koblenz, B 102, Bd. 69036.

21 So die Formulierung im Parteiprogramm der KPdSU von 1961. Nach *Boris Meissner* (Hrsg.), Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962, S. 189.

tätssteigerung erzielt werden. Im Laufe der 1960er-Jahre zeigte sich allerdings immer deutlicher, dass die im Siebenjahresplan vorgesehenen Investitionsziele nur zu erreichen waren, wenn der Westen die entsprechenden Anlagen und Ausrüstungen lieferte, die Projektierungen vornahm und die Verfahrenstechnik zur Verfügung stellte.

Während die metallurgische Industrie – das Herzstück der Sowjetwirtschaft – durch ihre enge Verzahnung mit der Rüstungsindustrie quantitativ und qualitativ ein hohes Niveau aufwies, hatte die sowjetische Wirtschaftsplanung den Anschluss an die modernsten Zweige der chemischen Industrie verschlafen und tat sich schwer damit, die Überwindung des inzwischen eingetretenen Rückstands zu organisieren. Obwohl die USA nach wie vor für die Sowjets das wirtschaftlich-technische Wunderland waren²², dessen Vorbild sie nach-eiferten, setzten die Sowjetführer seit Chruschtschow auf die (West-)Deutschen und suchten Kontakte zu westdeutschen Firmen, um die dringend benötigten technischen Informationen zu bekommen. In Moskau war man schon in den 1950er-Jahren davon ausgegangen, dass die Bundesrepublik in vielen Bereichen der modernen Industrieproduktion eine führende Stellung einnahm und es daher von großer Wichtigkeit sei, von den »Er rungenschaften der deutschen Wissenschaft und Technik« zu profitieren. Dazu wurden akribisch Informationen über den »Zustand der wichtigsten Industriezweige der Bundesrepublik« gesammelt und daraus die Erkenntnis abgeleitet, dass eine verstärkte Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern für die Sowjetunion vorteilhaft wäre. Diese Informationen, die viele Firmen von sich aus großzügig gewährten, wurden beim *Wissenschaftlich-Technischen Staatskomitee beim Ministerrat der UdSSR* (GNTK) zusammengetragen und auf die Nutzungsmöglichkeiten in sowjetischen Betrieben hin geprüft. Diese Behörde verfügte über exzellenten Sachverstand, um unter möglichen Partnern gezielt auszuwählen und zielführende Verhandlungsstrategien zu entwerfen. Dabei zeigte sich, dass die sowjetischen Fachleute die Probleme und Defizite ihrer Produktion durchaus kannten und wussten, dass die Übernahme hochentwickelter Industrieproduktionen mit komplizierten Fertigungstechniken nur durch enge Zusammenarbeit bzw. den Kauf kompletter Anlagen einschließlich der entsprechenden Lizenzen zu bewerkstelligen war.²³

Von deutscher Seite wurden die Aussichten der sowjetischen Wirtschaft trotz ihrer offenkundigen Schwächen hoch eingeschätzt und man war am Stand der industriellen Produktion, der Projekte und Planungen in der Sowjetunion sehr interessiert – das riesige Land und seine anscheinend unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten übten mehr denn je eine große Faszination auf die deutschen Wirtschaftsführer aus. Bei Besuchen in der Sowjetunion waren sie vom ungetrübten sowjetischen Optimismus und den großen Planzahlen leicht zu beeindruckt und entwickelten überzogene Vorstellungen von den Möglichkeiten des deutsch-sowjetischen Austauschs und der Zusammenarbeit. Die unübersehbaren Mängel vieler Anlagen und die unzulängliche Organisation der riesigen Betriebe wurden für beherrschbar gehalten. Die wirtschaftlichen Strukturprobleme und Unvereinbarkeiten des Sowjetsozialismus erkannten damals ohnehin nur wenige.²⁴ Diese waren es

22 Amerikanische Technik war allerdings weitaus schwerer zugänglich als etwa die englische oder die westdeutsche. Der Export Administration Act von 1969 sollte zwar im Zeichen der Entspannung den Handel fördern, er konnte die Exporte im Versagensfalle aber auch zum Schutz der nationalen Sicherheit und zur Unterstützung politischer Ziele beschränken. Vgl. *Abraham S. Becker*, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen: Gegensätze und Übereinstimmungen bei der Wahl der westlichen Politik, in: *Uwe Nerlich/James A. Thompson* (Hrsg.), Das Verhältnis zur Sowjetunion. Zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1986, S. 247–280, hier: S. 253.

23 Der Verfasser konnte schon Anfang der 1990er-Jahre Material des GNTK im damaligen Archiv der Volkswirtschaft der UdSSR einsehen, wo sich zahlreiche Gesprächsaufzeichnungen finden. Vgl. *Schlarp*, Zwischen Konfrontation, S. 305–09.

24 Ebd., S. 310–12.

aber gerade, die eine erfolgreiche Übernahme neuester westlicher Technik und Produktionsmethoden erschwerten und eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung behinderten. So liefen die Erben Stalins Gefahr, den Aufbruch ins Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verpassen und ihr Riesenreich zum ›Kranken Mann Europas‹ werden zu lassen. Abgesehen vom militärischen Drohpotential war die Sowjetunion im Wettkampf der Systeme auf wirtschaftlichem Gebiet hoffnungslos unterlegen. Das Sowjet-system blieb in hohem Maße an die Methoden des sozialistischen Aufbaus in den 1930er-Jahren gebunden und war unfähig zur Umstellung von Quantität auf Qualität. Eine moderne Industrie hätte jedoch den Abbau der zentralen Planung und Kontrolle erfordert und letztlich eine Befreiung der Gesellschaft vom Monopolanspruch der Partei bedeutet.²⁵

Während die Sowjetunion in den 1960er-Jahren noch mit der Vervollendung ihrer industriellen Revolution zu kämpfen hatte, überschritten die westlichen Industriestaaten bereits die Schwelle zur zweiten industriellen Revolution und entwickelten sich von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft. Zwar fehlte es nicht an wissenschaftlichen und technischen Spitzenleistungen, es herrschte aber eine eklatante Diskrepanz zwischen diesen Spitzenleistungen und dem allgemeinen Leistungsstand von Wirtschaft und Gesellschaft. Durch das Wettrüsten wurde das beschränkte Wirtschaftspotential der Sowjetunion dann so geschwächt und die zivilen Entwicklungsaufgaben so vernachlässigt, dass ihr Zusammenbruch unvermeidlich war. Die Kosten der Vorstellung, der Sozialismus ließe sich als Weltsystem durchsetzen, überstiegen jedes vernünftige Maß.²⁶ Doch wirtschaftliche Leistungen wurden in der Sowjetunion nie nach ihrem Geldwert gemessen, denn nach innen war der Rubel nicht mehr als ein Verrechnungsmittel, und nach außen haben die sowjetischen Betriebe wegen des zwischengeschalteten Außenhandelsmonopols nie erfahren, was ihre Produkte auf dem Weltmarkt wirklich wert waren. Daran konnte auch die ›Neue Westpolitik‹ Breschnews nichts ändern, als die Sowjetunion zur Integration in den Weltmarkt bereit schien.

II. OSTHANDEL UND NEUE OSTPOLITIK

Obwohl eine grundlegende politische Verständigung zwischen Bonn und Moskau Voraussetzung für vertraglich geregelte Handelsbeziehungen war, hatte zunächst auch der Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, die Vorstellung, mit Hilfe eines verstärkten Warenaustauschs Bewegung in die lahme Ostpolitik bringen zu können. Insbesondere sprach er sich für eine Zusammenarbeit auf dem Energiesektor aus und erhoffte sich davon eine positive Wirkung auf die Sicherheit in Europa.²⁷ Hier eröffnete sich mit der Entdeckung riesiger Erdgasvorkommen in Sibirien ein lukratives Betätigungsfeld für eine langfristige Ost-West-Kooperation, das allerdings weiterhin embargobedroht war. Die Sicherung und Diversifizierung der Energiebezüge war nicht nur für die Bundesregierung ein höchst aktuelles Thema, die Forderung nach einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit auf dem Energiesektor fand später sogar Eingang in die KSZE-Schlussakte.²⁸ Nach dem Scheitern der letzten systemkonformen Wirtschaftsreformen sahen sich die Sowjetführer Ende der 1960er-Jahre gezwungen, auf eine politische Linie einzuschwenken, die

25 Vgl. *Paul Kennedy*, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993, S. 301–07.

26 Vgl. *Claus D. Kernig*, Lenins Reich in Trümmern. Schatten über Rußlands Zukunft, Stuttgart/München 2000, S. 58–72.

27 Vgl. *Willy Brandt*, Der Wille zum Frieden, Frankfurt/Main 1973, S. 91.

28 Vgl. *Jochen Bethkenhagen*, Ost-West-Zusammenarbeit im Energie- und Umweltbereich, in: Politik und Wirtschaft zwischen Ost und West. Zum 70. Geburtstag von Otto Wolff von Amerongen, Stuttgart 1988, S. 644–656.

eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen und insbesondere mit der Bundesrepublik ermöglichte.²⁹ Die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen erleichterten die Kursänderung der sowjetischen Außenpolitik. Eine neue Westpolitik sollte zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme beitragen – Wachstum durch Innovation – und damit die vorteilhafte internationale Position der Sowjetunion absichern. Generalsekretär Leonid Breschnew setzte auf die internationale Arbeitsteilung und erteilte der Autarkiepolitik eine klare Absage. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees auf dem XXV. Parteitag der KPdSU im Februar 1976 wurden die außenwirtschaftlichen Beziehungen schließlich zum Kernproblem der Wirtschaftspolitik erklärt. Die Importe aus den entwickelten Industrieländern sollten vor allem die Beschleunigung des technischen Fortschritts fördern und die Güterversorgung der sowjetischen Wirtschaft bzw. der Bevölkerung verbessern. Breschnew unterstrich allerdings erneut den Primat der Politik und ließ auch an der Unantastbarkeit militärischer Stärke keinen Zweifel. Der internationale Handel könne zwar helfen, »politische und wirtschaftliche Aufgaben zu lösen«, die Einheit von Politik und Wirtschaft müsse aber gewahrt bleiben.³⁰ Da die Struktur der Sowjetwirtschaft aber unverändert bleiben sollte, ließ sich dieses Konzept nur unzureichend realisieren.

In der Bundesrepublik kam es mit dem Regierungswechsel zur sozial-liberalen Koalition ebenfalls zu einer außenpolitischen Kursänderung, durch die ein *modus vivendi* mit dem Osten – Gewaltverzicht und Anerkennung des Status quo in Mitteleuropa – herbeigeführt, eine Atmosphäre des Vertrauens, der Entspannung und der Kooperation geschaffen werden sollte. Im Unterschied zu den 20 Jahren davor gingen nun Außen- und Außenwirtschaftspolitik eine enge und überaus erfolgreiche Verbindung ein, und die Kooperation als neue Form dauerhafter Wirtschaftsbeziehungen führte zu Interdependenzen, die der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen Ost und West dienen konnten. Der Modernisierungsbedarf der sowjetischen Industrie und die dringend benötigte Erschließung neuer Rohstoffquellen förderten die Bereitschaft Moskaus, mit der Bundesregierung in politische Verhandlungen einzutreten. Diese erkannte zu Recht, dass die Sowjets die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik suchten, die aufgrund ihres Wirtschaftspotentials und ihrer Erfahrung im Ostgeschäft der attraktivste Partner in Westeuropa war. Zu diesem Zweck sollte der unberechenbare Einfluss politischer Faktoren auf die Realisierung dieses spezifischen außenwirtschaftlichen Interesses ausgeschaltet werden. Im Unterschied zu Breschnews Westpolitik veränderte Brandts Ostpolitik die deutschen außenpolitischen Ziele allerdings tiefgreifend und ging damit weit über wirtschaftliche Erwägungen hinaus. Dass Willy Brandt sich vorrangig von politischen Erwägungen leiten ließ schloss aber nicht aus, dass sich politische Annäherung und wirtschaftliche Interessen wechselseitig verstärkten.³¹ Dadurch wurde ein dynamischer Prozess in Gang gesetzt, der jenseits der Einzugsbereiche von West- und Ostpolitik seine Wirkung entfaltete und von einer starken Interessenkoalition getragen wurde.³² Willy Brandt ging nicht nur davon aus, dass bei den Russen wirtschaftliche Überlegungen obenan gestanden hätten, seine Regie-

29 Vgl. *Hillel Ticktin*, Das Verhältnis zwischen Wirtschaftsreformen und Entspannungspolitik der Sowjetunion, in: *Egbert Jahn* (Hrsg.), Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik, Frankfurt/Main/New York 1975, S. 50–72, hier: S. 50. Ticktin überbewertet diesen Aspekt allerdings.

30 Vgl. *Heinrich Machowski*, Grundzüge der neuen sowjetischen Außenwirtschaftspolitik, in: Politik und Wirtschaft, S. 657–671, hier: S. 659 f.

31 Vgl. *Stent*, Wandel, S. 150 f.

32 *Jürgen Bellers* hat in diesem Zusammenhang von einer »wechselseitigen Ermöglichungsstruktur« zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen gesprochen und damit deren soziale und politische Bedingtheit zum Ausdruck gebracht: Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Münster/Hamburg 1990, S. 306 f.

rung war auch davon überzeugt, dass eine vertiefte wirtschaftliche Kooperation am besten geeignet sei, der Entspannungs- und Ostpolitik einen dauerhaften Erfolg zu sichern.³³

So verwundert es nicht, dass es schon am 1. Februar 1970 zur Unterzeichnung des ersten deutsch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäfts kam, dem bis dahin spektakulärsten Ostgeschäft. Im Zeichen der Besorgnis über eine gesicherte Energieversorgung und der dafür vorteilhaften Diversifizierung des Angebots stellte das sowjetische Erdgas einen willkommenen Beitrag dar.³⁴ Die Russen verpflichteten sich zur Lieferung von drei Milliarden Kubikmeter Erdgas im Wert von 2,5 Milliarden DM über einen Zeitraum von 20 Jahren, während ein deutsches Bankenkonsortium den Sowjets einen Kredit in Höhe von 1,2 Milliarden DM mit einer Laufzeit von 10 Jahren zur Finanzierung der Rohrlieferungen gewährte, das die Bundesregierung mit einer entsprechenden Hermes-Deckung absicherte. Bemerkenswert an der Unterzeichnung der Verträge ist, dass sie zu einem Zeitpunkt stattfand, als sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen noch keineswegs grundlegend verändert hatten, und dass es schon zwei Jahre zuvor eine bundesdeutsche Beteiligung am österreichisch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Abkommen gegeben hat. Zweifellos beeinflusste dieser Abschluss das Verhandlungsklima günstig und bildete wegen der Größenordnung des Geschäfts den spektakulären Auftakt für die Verhandlungen mit Moskau über die Normalisierung des bilateralen Verhältnisses. Zugleich kündigte er den Übergang vom klassischen Handel zu langfristigen Projekten und Kooperationen an.³⁵ Darin sollte die neue Ostpolitik Bonns ihren stärksten Rückhalt finden.

Diese ökonomische Untermauerung entsprach auch weitgehend dem existentiellen Bedürfnis der westdeutschen Industrie, neue Auslandsmärkte zu erschließen und den Außenhandel zu differenzieren. Ihre Exporte bestanden in erster Linie aus Investitionsgütern mit hochwertiger Technologie – Maschinen, Werkzeugmaschinen und Industrieanlagen. Letztere gehörten zu den bevorzugten Trägern modernster Spitzentechnologie und waren das Aushängeschild der westdeutschen Maschinenbauindustrie mit einem Exportanteil von zeitweise über 80%.³⁶ Wichtigster Absatzmarkt für deutsche Maschinenbauerzeugnisse innerhalb des Ostblocks war die Sowjetunion, mit einem Einfuhranteil von 39,9%, gefolgt von den USA mit 13,1%. Mehr als die Hälfte aller in die sozialistischen Länder gelieferten Fabrikanlagen war für die Chemische Industrie bestimmt. Das entsprach dem Interesse der Bundesrepublik, in der Sowjetunion neben dem Eisen- und Stahlbereich vermehrt auch den Ausbau der rohstoff- und energieexportierenden Petro- und Kohlechemie zu fördern.³⁷

Von ausschlaggebender Bedeutung war das »Russlandgeschäft« auch für die metallverarbeitende Industrie. Sie musste angesichts der starken Exportrückgänge in den 1960er-Jahren, die nicht allein die Folge des von den Russen heftig beklagten Röhrenembargos waren, an einer Wende in den deutsch-sowjetischen Beziehungen besonders interessiert sein, zumal sich ein »Entspannungsvorsprung« anderer westeuropäischer Länder angeblich unmittelbar in deren Handelsentwicklung mit dem Osten niedergeschlagen hätte.³⁸ Daher

33 Vgl. *Rajendra K. Jain*, *Germany, the Soviet Union and Eastern Europe, 1949–1991*, New York 1993, S. 150.

34 Vgl. *Burckhard Bergmann*, *Energiepartnerschaft. Eckpfeiler der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen*, in: *Brücke*, S. 69–78, hier: S. 72 f.

35 Vgl. dazu *Claudia Wörmann*, *Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung*, Frankfurt/Main/New York 1982, S. 115–125; *Peter Knirsch*, *Vom Ost-West-Handel zur Wirtschaftskooperation?*, in: *Europa-Archiv*, Folge 2 (1973), S. 61–69; *Stent*, *Wandel*, S. 140–44.

36 *Claudia Wörmann*, *Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz. Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR*, Bonn 1986, S. 75. 15% der Auslandsbestellungen kamen aus der Sowjetunion.

37 Vgl. *Kreile*, S. 176 f.

38 Vgl. *Wörmann*, *Osthandel der Bundesrepublik*, S. 52–54.

fiel nach der Befreiung des Osthandels von den bündnispolitischen Fesseln wiederum den Stahlrohren eine Schlüsselrolle zu. Das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR leitete die Neue Ostpolitik der Bundesregierung ein und wurde dadurch zum Politikum ersten Ranges. Obwohl das Misstrauen der sowjetischen Seite gegenüber deutschen Lieferanten noch groß war, konnten die Mannesmann AG und die Deutsche Bank schließlich wieder an ihre traditionellen Geschäftsbeziehungen zu Russland/Sowjetunion anknüpfen und ein neues Großgeschäft abschließen.³⁹

Der Energiekooperation sollte bis zum Ende des Kommunismus eine überragende Bedeutung zukommen. Da die Bundesrepublik im hohen Maße von Rohstoffeinfuhren abhängig und vor allem an einer gesicherten Versorgung mit Energieträgern interessiert war, und die Sowjetunion ihr Angebot über den klassischen Warenaustausch hinaus mit ihrem Kooperationswunsch, d. h. einer Kombination von westlicher Technologie und Management mit östlichem Rohstoff- bzw. Energiereichtum und Arbeitskräfteangebot, verknüpfen konnte, wurde das Erdgas-Röhren-Geschäft zu einer echten Erfolgsgeschichte. Moskau war bereit, gegen die Lieferung von Großrohren eine langfristige Lieferverpflichtung für Erdgas einzugehen, um auf diese Weise die in den 1960er-Jahren erschlossenen Erdöl- und Erdgasfelder für die eigene industrielle Entwicklung und als Deviseneinnahmequelle effektiv nutzen zu können. Die Sowjetunion besaß die größten Erdgasvorkommen der Welt; sie verwertbar zu machen, bedurfte es aber westlicher Hilfe, da die vorhandenen Leitungsnetze den Anforderungen des Transports dieser Rohstoffe in großen Mengen und über große Entfernungen nicht gewachsen waren und die sowjetische Industrie die benötigten Rohre, Pumpstationen und Gaskompressoren nicht ausreichend und nicht in entsprechender Qualität zur Verfügung stellen konnte. Für die westdeutsche Stahlindustrie wurde der Röhrenexport in die Sowjetunion zum tragenden Pfeiler ihrer Kapazitätsauslastung und betrug in den Boomjahren 40% der gesamten Großrohrproduktion.⁴⁰

Nachdem sich die Sowjetunion schon seit Anfang der 1960er-Jahre als zuverlässiger Energielieferant (Öl und Kohle) erwiesen hatte, war das Interesse am neuen Energieträger Erdgas allein aus ökonomischen bzw. wirtschaftspolitischen Erwägungen hinreichend gegeben. Schließlich verstärkte die Ölkrise den Trend zur Reduzierung des Ölanteils an der Energieversorgung und zur Milderung des Preisdrucks. Wegen der umstrittenen Nutzung der Kernenergie kam dem umweltfreundlichen Erdgas noch eine zusätzliche Bedeutung zu.⁴¹ Auf sowjetischer Seite war das wirtschaftliche Interesse ebenfalls stark ausgeprägt, blieb aber dennoch den zur Lösung anstehenden politischen Problemen untergeordnet.⁴² Da Moskau den Schlüssel zu den deutsch-deutschen Beziehungen in der Hand hatte, konnte es hoffen, dass die Bundesrepublik ein langfristiges Interesse an engen bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion entwickeln würde und sich dadurch auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren ließe.⁴³

39 Zu den Einzelheiten vgl. *Pohl*, S. 149–153.

40 Vgl. *Jain*, S. 159. Nach *Kreile*, S. 173 f. waren es 1973 sogar 48%, die wiederum 16,5% der westdeutschen Exporte in die Sowjetunion ausmachten. Ende der 1970er-Jahre betrug die sowjetische Quote beim Großrohrexport allerdings nur noch rund 25%. Vgl. *Wörmann*, *Osthandel als Problem*, S. 77.

41 Allerdings sollte auch der Energieimport in Form von angereichertem Uran als Kernbrennstoff für friedliche Zwecke eine zunehmende Rolle spielen. 1979 kamen bereits 55% des angereicherten Urans aus Anlagen in der Sowjetunion. Vgl. *Stent*, *Wandel*, S. 180–82.

42 Egon Bahr hat später zugegeben, dass ein Scheitern der Verhandlungen, z. B. wegen der Anerkennung der DDR, durchaus möglich gewesen wäre. Vgl. *Günther Schmid*, *Entscheidung in Bonn – Die Entscheidung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70*, Köln 1979, S. 48.

43 Vgl. *Angela Stent*, *Rivalen des Jahrhunderts. Deutschland und Rußland im neuen Europa*, Berlin/München 2000, S. 45.

Die Aussicht auf Entspannung im Ost-West-Verhältnis regte jedenfalls die Phantasie und auch die Entschlossenheit der interessierten Kreise auf beiden Seiten an, nach marktwirtschaftlichen bzw. vertraglichen Lösungen der Stagnation im Osthandel zu suchen. Zum einen wurden daher die Warenpositionen der Importe aus dem RGW weitgehend liberalisiert (über 80 %), zum anderen bemühte sich die Bundesregierung um den Abschluss von Handels- und Kooperationsabkommen – bevor die Handelsvertragskompetenz endgültig an die EG überging.⁴⁴ Ein heikles Thema blieb allerdings die Kreditfinanzierung, denn alle Ostblockstaaten litten an Kapitalmangel, um ihre Entwicklungsprogramme, die zumeist auf Fünfjahresplänen mit hohen Wachstumsraten beruhten, bezahlen zu können. Andererseits bot der Übergang von der Kohle als Primärenergieträger zu Öl und Gas durch die forciert betriebene Erschließung der gewaltigen sibirischen Ressourcen dem Kreml die günstige Möglichkeit, mit den Gewinnen des Verkaufs dieser und anderer begehrter Rohstoffe auf dem Weltmarkt die geplanten Industrieprojekte und den Technologieimport zu finanzieren. Damit war auch ein Missbrauch der Lieferungen für politische Zwecke so gut wie ausgeschlossen.⁴⁵ Dies bedeutete nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Wandel des künftigen Russlandgeschäfts, da die Großprojekte, für die die Sowjets die westdeutsche Industrie schon im Vorfeld der Moskauer Vertragsverhandlungen zu interessieren versuchte, ein sehr viel weitergehendes Engagement erforderten als früher.

Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 sollte zur Grundlage konstruktiver Beziehungen – besonders auf wirtschaftlichem Gebiet – mit der Sowjetunion werden. Das Gewicht der Bundesrepublik als Handelspartner der UdSSR nahm von 1971 bis 1980 deutlich zu.⁴⁶ Obwohl die Bundesrepublik nun zum wichtigsten Westhandelspartner der Sowjetwirtschaft wurde und ihre überdurchschnittlich gestiegenen Investitionsgüterlieferungen eine ernst zu nehmende wirtschaftliche Bedeutung hatten, blieb der Grad der gegenseitigen Abhängigkeit gering. Wie schon in den 1950er-Jahren nach Gründung des Ost-Ausschusses und nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages gab es auch jetzt euphorische Äußerungen über die Aussichten einer umfassenden Zusammenarbeit. Hinzu kam die von der neuen Ostpolitik geprägte Aufbruchstimmung Anfang der 1970er-Jahre, die auch das Reich der »roten Zaren« in milderem und positiverem Licht erscheinen ließ. Und manche Osteuropaspezialisten unterstrichen die viel zu optimistische Perspektive einer zunehmend konvergenten Entwicklung angesichts des Ausmaßes der Industrialisierung, Urbanisierung und der Bildungsbemühungen.⁴⁷ Doch erfahrene Wirtschaftsführer wie Otto Wolff von Amerongen wussten, dass die strukturellen Hindernisse nur kleine Schritte zuließen und alle Aktivitäten nach Osten in Einklang mit der Westbindung der Bundesrepublik bleiben mussten.⁴⁸ Schließlich war die atlantische Verankerung ein gutes Geschäft, das nicht gefährdet werden durfte.

Andererseits war allen klar, dass nur eine Vertiefung und Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen der Ostpolitik und der europäischen Détente zu einem dauerhaften Erfolg verhelfen konnten. Wechselseitige Abhängigkeiten sollten Rückfälle in politische Konfrontation verhindern und ein Gefühl der Sicherheit vermitteln, wobei allerdings schnell klar

44 Vgl. *Wörmann*, Osthandel der Bundesrepublik, S. 125–27.

45 Vgl. *Angela Stent*, *Soviet Energy and Western Europe*, Washington D.C. 1982.

46 Der Anteil der sowjetischen Exporte in die Bundesrepublik stieg von rund zwei auf sechs Prozent, der Anteil der sowjetischen Importe von dort stieg von zwei auf fast sieben Prozent. Zahlen nach *Jochen Bethkenhagen/Heinrich Machowski*, *Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels – Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion*, Berlin 1982, S. 80.

47 Vgl. *Gerhard Simon*, *Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten*, in: APuZ, B 52–53 (1992), S. 32–38.

48 Vgl. *Rudolph*, S. 295–97.

wurde, dass sich die entwickelnde wirtschaftliche Détente auf den politischen Sektor nur begrenzt und auf den militärischen überhaupt nicht ausweiten ließ. Dieser sollte vielmehr in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre die deutsch-sowjetischen Beziehungen empfindlich beeinträchtigen.⁴⁹ Darüber hinaus wurde in diesen Jahren deutlich, dass die Kluft zwischen Ost und West in allen Grundsatzfragen der politischen und wirtschaftlichen Organisation nicht zu überwinden war. Gleichzeitig wurde aber ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und politischem Verhalten hergestellt, der nicht einfach aufgehoben werden konnte. Dies zeigte sich besonders im Konflikt mit den Amerikanern um das Erdgas-Röhren-Geschäft Anfang der 1980er-Jahre, als Washington letztlich einsehen musste, dass die Unterstützung der sowjetischen Wirtschaft durch die Europäer de facto recht begrenzt war und daher keine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit darstellte.⁵⁰

Um sich einen persönlichen Eindruck von den Voraussetzungen einer umfassenden wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu machen, unternahm der Präsident der BDA, Otto A. Friedrich, im November 1970 einen »Orientierungsbesuch« in die Sowjetunion und kehrte mit eher ernüchternden Eindrücken zurück. Die nicht aufzuhebende Gegensätzlichkeit der beiden Wirtschaftssysteme und die bestehenden außenwirtschaftlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik ließen nur »kleine Schritte« zu und gäben zu Euphorie über die Aussichten erweiterter Wirtschaftsbeziehungen zum Osten keinen Anlass.⁵¹ Obwohl Wirtschaftswissenschaftler die ökonomische Bedeutung des Handels mit Osteuropa und insbesondere den Warenaustausch mit der Sowjetunion für beide Seiten eher gering erachteten – sein hoher politischer Stellenwert stand im deutlichen Gegensatz dazu – und das sowjetische Wirtschaftssystem auch durch verstärkten Westhandel und Kooperation nicht für innovations- und anpassungsfähig hielten⁵², in Zeiten der Verunsicherung über die Aussichten des wirtschaftlichen Wachstums weckte die mögliche Öffnung der Ostmärkte selbst bei Fachleuten große Hoffnungen – nicht zuletzt auf eine Annäherung der industriellen Systeme. Die neue Ostpolitik sollte daher in einer »neuen ökonomischen Politik der beiderseitigen Beziehungen« eine dauerhafte Basis finden.⁵³ Zwar wurden die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten politisch entlastet und in Ansätzen modernisiert, zur »Verflechtung der Volkswirtschaften« ist es aber ebenso wenig gekommen, wie zum »Wandel durch Annäherung« im Sinne einer Systemöffnung.⁵⁴ Die verbreitete Vorstellung, die Sowjetunion würde sich zu einer modernen europäischen Industriemacht entwickeln, übersah geflissentlich, dass in der Ära Breschnew die Grundstrukturen des Sowjetsystems endgültig zu zerfallen begannen, das mit der Niederschlagung des Prager Frühlings erneut seine Reformunfähigkeit bewiesen hatte.

Mit der Unterzeichnung des Moskauer und im Dezember 1970 auch des Warschauer Vertrages konnten Verhandlungen über ein mehrjähriges Handels- und Kooperationsabkommen beginnen. Der entscheidende Konfliktpunkt, die Einbeziehung West-Berlins,

49 Vgl. *Michael J. Sodaro*, *Moscow, Germany, and the West from Khrushchev to Gorbachev*, Ithaca/London 1990, S. 229 f.

50 Vgl. *John van Oudenaren*, *Das sowjetische Problem in den amerikanisch-deutschen Beziehungen*, in: *Nerlich/Thompson*, S. 107–131.

51 Vgl. zur Rolle Friedrichs in dieser Phase *Volker R. Berghahn*, *Lowering Soviet Expectations. West German Industry and Osthandel during the Brandt Era*, in: *ders.* (Hrsg.), *Quest for Economic Empire. European Strategies of German Big Business in the Twentieth Century*, Providence/Oxford 1996, S. 145–157. Auch bei Rudolph findet Friedrich große Aufmerksamkeit. Vgl. *Rudolph*, S. 296 f.

52 Als Beispiel ist die Untersuchung von *Bethkenhagen/Machowski* zu nennen.

53 Vgl. *Matthias Schmitt*, *Industrielle Ost-West-Kooperation. Probleme und Perspektiven*, Stuttgart 1974, S. 13.

54 Vgl. *Gottfried Niedhart*, *Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974*, in: GG 28 (2002), S. 233–266, hier: S. 264.

wurde durch das alliierte Viermächteabkommen vom September 1971 entschärft, und nach der Ratifizierung der Ostverträge im Mai 1972 konnte das langfristige Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit schließlich am 5. Juli in Bonn unterzeichnet werden.⁵⁵ Schon im April war die zwischen Brandt und Breschnew vereinbarte deutsch-sowjetische *Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit* zusammengetreten, die einmal im Jahr tagen und gemeinsame Projekte vorschlagen sollte. Die neue Qualität der politisch-ökonomischen Beziehungen zeigte sich sogleich mit dem am 6. Juli 1972 erfolgten Abschluss des zweiten Erdgas-Röhren-Geschäfts im Wert von 1,2 Milliarden DM sowie zuvor schon bei der Reise des neuen BDI-Präsidenten Hans-Günther Sohl in die Sowjetunion, der insbesondere die Kooperation bei der Ausbeutung und Verwertung von Bodenschätzen befürwortete. Auch Sohl teilte die optimistische Einschätzung, die UdSSR sei ein stabiles, weitgehend durch Techniker und Technokraten geführtes Land, das als hochentwickelte Industriemacht und damit auch als ernsthafter Partner der Bundesrepublik gelten könne.⁵⁶

Der Abschluss des Moskauer Vertrages und der Folgeverträge markierte zweifellos eine neue Etappe der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik, die gekennzeichnet war durch Langfristigkeit und große Ausmaße, und in deren ersten fünf Jahren tatsächlich beeindruckende Zuwachsraten zu verzeichnen waren. Der deutsch-sowjetische Handel wuchs von 2,9 (1970) auf 10,2 Milliarden DM (1975) und dann bis 1980 weiter auf 15,5 Milliarden DM.⁵⁷ Die enorme sowjetische Nachfrage verursachte zunächst einen großen deutschen Bilanzüberschuss, der sich in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre aber verringerte und sich 1979 in ein deutliches Bilanzdefizit von nahezu 800 Millionen DM verkehrte.⁵⁸ Der sowjetische Anteil am Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik erhöhte sich bis 1975 von 1,2 auf 2,5 % und erreichte 1983 einen Höchstwert von 2,8 %. Auf sowjetischer Seite erfolgte eine Steigerung von 2,5 auf 5,6 %, die 1980 einen Höchstwert von 6,1 % erreichte.⁵⁹ Da die realsozialistischen Produkte auf den kapitalistischen Märkten nur schwer absetzbar waren, war die Steigerung der sowjetischen Bezüge aus dem Westen auf Gedeih und Verderb an hohe Energiepreise gebunden und somit der Innovationshilfe des ›Klassenfeindes‹ beim Fallen des Ölpreises rasch eine Grenze gesetzt. Rohöl war schon in den 1960er-Jahren zum größten Einzelposten im Sowjethandel mit der freien Welt geworden und ermöglichte nicht nur das lukrative Geschäft mit Investitionsgütern, sondern bedeutete für ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik auch eine durchaus erwünschte Ausweitung der Bezugsquellen für diesen strategischen Rohstoff.⁶⁰ So herrschte weitgehend Einigkeit, dass der Westen die UdSSR bei der Entwicklung ihrer Energieressourcen unterstützen und dadurch auch die Bereitschaft zur Verstärkung der Zusammenarbeit festigen sollte.⁶¹ Wenn der Tausch ›Ware gegen Ware‹ der Entwicklung des Handels auch eher abträglich war, so bildete das Erdgas-Röhren-Geschäft die hochprofitable Ausnahme. Folglich wurde der Bezug von Erdgas und Mineralöl aus der Sowjetunion ständig erhöht und machte 1980 rund 75 % aller sowjetischen Exporte

55 Vgl. Robert W. Dean, *West German Trade with the East. The Political Dimension*, New York 1974, S. 219–22.

56 Vgl. Rudolph, S. 303 f.

57 Vgl. Jain, S. 156.

58 Vgl. Stent, *Wandel*, S. 178 f.

59 Vgl. Othmar Nikola Haberl, *Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen außenwirtschaftlicher Normalität und der außenpolitischen Suche nach einem modus vivendi*, in: ders./Hans Hecker (Hrsg.), *Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland*, Essen 1989, S. 229–248, hier: S. 232 f.

60 Vgl. Richard Judy, *Die Bedeutung der Sowjetunion für die Welterdölwirtschaft von 1960 bis 1975*, Berlin 1963.

61 Vgl. Jain, S. 159.

aus⁶², angeblich ohne dass die Bundesrepublik in Abhängigkeit geriet. Diese Energiekooperation passte in die Bedürfnisstruktur sowohl der sowjetischen als auch der westdeutschen Wirtschaft und hat sich inzwischen zu einer strategischen Partnerschaft entwickelt.

Ihre Bestätigung fand diese Geschäftspolitik auf dem Energiemarkt durch die erste Ölkrise 1973/74. Ihre Krise erlebte sie mit dem Abschluss des vierten und größten Erdgasliefervertrages vom November 1981, der im Rahmen eines großen Projekts Sowjetunion/Westeuropa getätigt wurde und den Beteiligten eine schwere Belastungsprobe auferlegte. Die drei ersten Projekte des Erdgas-Röhren-Geschäfts (1970, 1972 und 1974) hatten zwar große wirtschaftspolitische Bedeutung, sie schürten aber auch die Furcht vor energiepolitischer Abhängigkeit von der UdSSR sowie die Sorge der westlichen Partner, die Bundesrepublik könne sich zu stark dem Osten zuwenden und durch dieses Tauschgeschäft die sowjetische Energiewirtschaft aufrüsten.⁶³ Vor dem Hintergrund der erneuten Zuspitzung des Ost-West-Konflikts (Afghanistan und Polen) versuchten die USA ein neues Embargo durchzusetzen, dem die Europäer und auch die Bundesregierung aber widerstanden.⁶⁴ Hier zeigte sich wieder, dass das Ostgeschäft seinen besonderen politischen Stellenwert behielt und angesichts der anhaltenden sowjetischen Herausforderung vor allem von den Amerikanern politisiert und mit Embargo bedroht werden konnte. Dies war die letzte harte Erinnerung daran, dass sich trotz einer gewissen Normalisierung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet an den sicherheitspolitischen Grundproblemen nichts geändert hatte und dass der sowjetischen Kooperationsbereitschaft durch die sowjetische Militärmacht harte Grenzen gesetzt waren.⁶⁵ Immerhin war der Kreml, nachdem die Sowjetunion die militärische Parität mit den USA erreicht hatte, zu einer vorsichtigen Lockerung der Abgrenzung bereit, um die wirtschaftlich gewünschte Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Während die UdSSR sich von der Kooperation in erster Linie Hilfe bei der Erschließung und Verwertung ihrer Rohstoff- und Energieressourcen durch moderne Ausrüstungen erhoffte – die Interessen der Satellitenstaaten waren vor allem auf eine Kooperation in der Konsumgüterindustrie gerichtet –, verfolgte die Bundesrepublik das handelspolitische Ziel, neue Absatzmärkte und Energiequellen zu erschließen und zugleich etwas für die antizyklische Krisenbekämpfung zu tun. In Industriekreisen anerkannte man die Notwendigkeit eines verstärkten Bezuges von sowjetischem Öl und Gas, zögerte aber mit der erwarteten Beteiligung an teuren und langfristigen Mammutprojekten in Sibirien. Und auch die Regierung wollte den Eindruck vermeiden, die Bundesrepublik würde jetzt dem Sowjethandel einen besonderen Vorzug geben. Bundeskanzler Brandt unterstrich aber gleichzeitig das starke deutsche Interesse an einer Art ›Energiepartnerschaft‹.⁶⁶ Für bestimmte Branchen behielt das Russlandgeschäft ohnehin seine zentrale Bedeutung. Großunternehmen wie Mannesmann, Krupp oder Salzgitter, die von sowjetischer Seite als Lieferanten favorisiert wurden, profitierten von der zeitweise starken Zunahme der UdSSR-Exporte enorm. In der Metallverarbeitung und im Maschinenbau hing in den 1970er-Jahren daran nahezu jeder zweite Arbeitsplatz.⁶⁷ Otto Wolff hat bis zum Schluss auf die Sicherheit der Liefergeschäfte hingewiesen, wenn ein Maschinen- oder Anlagenbauprojekt in den jeweiligen Fünfjahresplan integriert war und damit über mehrere Jahre mit sicheren Kapazitätsauslastungen gerechnet werden konnte.⁶⁸

62 Vgl. Bethkenhagen/Machowski, S. 19.

63 Vgl. dazu Pohl, S. 149–158.

64 Zu diesen Zusammenhängen vgl. Bergmann, S. 72–74. Über das Zustandekommen des Jamal-Projekts, der Krönung der Erdgas-Röhren-Geschäfte, berichtet Pohl, S. 163–173.

65 Vgl. Niedhart, S. 262.

66 Vgl. Jain, S. 155.

67 Vgl. Bethkenhagen/Machowski, S. 13–17.

68 Interview mit Otto Wolff von Amerongen: Es ging um die Entwicklung zumindest gleichgerichteter Interessen, in: Brücke, S. 35–40, hier: S. 40.

Obwohl die vertraglich fixierte Entspannungspolitik ungeahnte Verbesserungen in den wirtschaftlichen Beziehungen nach sich zog und umfassende Kooperationsabkommen ermöglichte, von denen positive Impulse auch auf die politischen Beziehungen ausgingen⁶⁹, verfolgte der Krenl eine Politik der Entkoppelung von Wirtschaft und Politik und war nach Abschluss der Ostverträge an einer Weiterentwicklung der politischen Beziehungen zur Bundesrepublik nicht mehr sonderlich interessiert. Ungeachtet des Zustandes dieser Beziehungen verfolgten die Sowjetführer bis zu Gorbatschow das Ziel einer Erweiterung und Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik.⁷⁰ So bestand auch in den 1970er-Jahren eine deutliche Diskrepanz zwischen den weitreichenden politischen Konsequenzen der Brandtschen Ostpolitik und den nach wie vor beschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Kluft zwischen den beiden gegensätzlichen Hälften Europas wurde zwar etwas gemildert, aber auf keinem Gebiet überwunden. Dennoch glaubten die meisten der am Ostgeschäft Beteiligten, sie würden mit ihrem Engagement größeren politischen Zielen dienen. Bei allen Einschränkungen blieb die Handelspolitik ein nützliches ›Werkzeug‹, um deutsche Interessen im Osten zur Geltung zu bringen. Schließlich wurden die hier liegenden Möglichkeiten auch dadurch begrenzt, dass die Europäische Gemeinschaft seit 1973 eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber den Staatshandelsländern zu betreiben suchte.⁷¹

Die ebenso mutige wie realistische Politik Willy Brandts, der die Beziehungen zum Osten verbessern und die Voraussetzungen für eine langfristige Lösung der deutschen Frage schaffen sollte, erlaubte nach Jahren der Zurücksetzung wieder große Abschlüsse im Anlagenbau, im Energie- und Rohstoffbereich, die der westdeutschen Industrie eine führende Position auf den Ostmärkten sicherten. So wurde die Bundesrepublik zum wichtigsten Handelspartner nicht allein der Sowjetunion und entwickelte sich auch rasch zum größten Anbieter fortschrittlicher Technologie. 1977 kamen 34 % der sowjetischen Technologieimporte und 29 % der Fertigwaren (1977) von dort, und allein 30 % aller sowjetischen Importe entfielen auf Ausrüstungen für den Chemiesektor.⁷² So wurde in wenigen Jahren ein neues Stadium der Wirtschaftsbeziehungen zum Westen erreicht. Da es der Sowjetunion auch nach Stalin an autonomer industrieller Innovation auf breiter Basis fehlte, waren bereits in den 1960er-Jahren etwa 20 % aller neuen Maschinen und Ausrüstungen aus dem Westen importiert worden. Um den inzwischen eingetretenen Rückstand aufzuholen, stellte der Technologietransfer zweifellos eine effektive Methode dar, die Anpassung neuester Technik an die sowjetischen Produktionsbedingungen war dagegen kaum zu verwirklichen. Damit blieb die in den Perspektivplänen der 1970er-Jahre vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität ebenso eine Illusion, wie die von Breschnew gewünschten hohen Zuwachsraten der westdeutschen Exporte in die Sowjetunion.⁷³

Warnende Stimmen in Bezug auf die Rückständigkeit und Schwerfälligkeit der Ostmärkte, ihre veralteten Handelsmethoden und Produktangebote⁷⁴ fanden kaum Gehör und

69 Vgl. *Spaulding*, S. 493 f. Helmut Schmidt sprach sogar von einer »Orientierung für die Entwicklung der politischen Beziehungen überhaupt, für eine langfristige friedliche Entwicklung zwischen unseren Ländern [...]« vorausgesetzt, dass es den Menschen wirtschaftlich gut gehe. Vgl. *Stent*, Wandel, S. 173 f.

70 Vgl. *Stent*, Rivalen, S. 112 f.

71 Noch bestehende bilaterale Abkommen liefen Ende 1974 aus. Von der Konsultation der EG ausgenommen waren Kooperationsabkommen. Vgl. *Paul Bähr*, Handel und Händel zwischen Ost und West. Die Europäische Gemeinschaft und die Staatshandelsländer, in: *Europa-Archiv*, Folge 5 (1973), S. 173–182.

72 Vgl. *Stent*, Wandel, S. 179.

73 Vgl. *Kreile*, S. 206–08.

74 Vgl. *Heinrich Machowski*, Ost-West-Handel. Entwicklungen, Interessenlagen, Aussichten, in: *APuZ*, B 5 (1985), S. 3–18.

taten der anfänglichen Aufbruchstimmung keinen Abbruch. Vor allem der erste Breschnew-Besuch in der Bundesrepublik im Mai 1973 schien ganz neue Perspektiven der Zusammenarbeit zu eröffnen. Es wurde ein zehnjähriges Abkommen über die »Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit« unterzeichnet, das zwar wortreich verlockende Möglichkeiten aufzeigte, doch mit Ausnahme eines Hinweises auf die gewaltigen sibirischen Rohstoffvorkommen und die Traditionen der deutsch-russischen Zusammenarbeit wenig über konkrete Projekte und ihre Realisierung aussagte.⁷⁵ Die Unternehmenskooperation sollte gefördert werden – nicht zuletzt um das sowjetische Defizit in der Handelsbilanz zu reduzieren –, die sowjetische Seite verstand unter Kooperation allerdings mehr oder weniger das bereits bekannte Kompensationsgeschäft, d. h. die Bezahlung der erstellten Industrieanlagen erfolgte durch spätere Lieferungen aus der Produktion. Die Konkretisierung der vorgeschlagenen Projekte sollte die Gemischte Kommission vornehmen, ohne deren begleitende Unterstützung die Zusammenarbeit zwischen so unterschiedlich strukturierten Partnern nicht möglich gewesen wäre.⁷⁶ Die gemeinsame Prüfung der Kooperationsmöglichkeiten betraf die Schwerpunkte Rohstoffe und Energieträger, Anlagen und Maschinenbau, Chemie und Elektrotechnik. Dabei wollten die Sowjets immer nur über Großprojekte verhandeln, deren Volumen von ein bis drei Milliarden DM die Möglichkeiten einzelner deutscher Vertragspartner überstieg und deshalb zu nationalen oder internationalen Konsortien zwang. So scheiterte der Bau eines LKW-Werkes an der Kama schon 1971 an der Dimension der dafür vorgesehenen Kooperation.⁷⁷ Außerdem verfügte die UdSSR über keinerlei Finanzierungsmöglichkeiten und erwartete daher in dieser Hinsicht von der deutschen Seite großzügiges Entgegenkommen. Aber auch die sowjetischen Kompensationswünsche stellten die westdeutschen Partner manchmal vor unlösbare Probleme. Neben der Finanzierung wurde die Kompensation als Grundprinzip der Außenhandelsbeziehungen innerhalb des RGW zum Hauptproblem der deutsch-sowjetischen Kooperation.

So ernst die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf beiden Seiten auch gewesen sein mag, das östliche Planungssystem, das aufgrund gegenseitiger Liefer- und Abnahmeverpflichtungen praktisch einen Tauschhandel erzwang, hat die wirtschaftlichen Bemühungen sehr erschwert und den Handel wie die Kooperation bald wieder erlahmen lassen. Die Kompensationen, die aufgrund der zunehmenden Westverschuldung der UdSSR den einzigen Ausweg darstellten, waren machbar und erfolgreich, wenn es um Erdgas gegen Röhren oder wenigstens um einen Austausch innerhalb derselben Branche ging. Sie waren jedoch eine Zumutung, wenn Chemieanlagen mit Baumwolle bezahlt werden sollten. Und sie scheiterten, wenn Großkompensationen mit Massenproduktion aus der Petrochemie verlangt wurden.⁷⁸ Neben dem Erdgas-Röhren-Geschäft, dessen verschiedene Teilprojekte für Aufmerksamkeit und auch für Aufregung sorgten, war ein weiteres prominentes Projekt der Bau eines integrierten Hütten- und Stahlwerks bei Kursk. Die deutschen Lieferungen für die erste Baustufe in Höhe von 2,5 Milliarden DM wurden von den Sowjets bezahlt. Die zweite Baustufe dagegen sollte durch Abnahme von Hüttenerzeugnissen bezahlt werden.⁷⁹ Als politisch zu schwierig, weil die DDR und Polen tangiert gewesen wären, erwiesen sich das Großprojekt eines Kernkraftwerks in Kaliningrad, das durch

75 Vgl. *Rudolph*, S. 317–22.

76 Vgl. zu diesen Zusammenhängen *Hans Friedrichs*, Bundesregierung und Ost-Ausschuss. Erfolg durch Arbeitsteilung, in: *Brücke*, S. 57–68.

77 Vgl. *Wörmann*, Osthandel der Bundesrepublik, S. 136 f. Schließlich war die Bundesrepublik doch noch im Rahmen einer internationalen Kooperation mit der Lieferung von Werkzeugmaschinen an diesem Projekt beteiligt.

78 Vgl. *Friedrichs*, S. 64.

79 Vgl. *Pohl*, S. 159 und *Rudolph*, S. 318 f.

Stromlieferungen – zur Deckung der prognostizierten ›Stromlücke‹ – bezahlt werden sollte, sowie ein unterschreibungsfreies Erdgas-Dreiecksgeschäft Iran-UdSSR-Bundesrepublik, – das bis dahin größte Energieprojekt überhaupt.⁸⁰ Relativ unproblematisch waren die zahlreichen Kooperationen im Chemiesektor, da hier die längste Erfahrung bestand und die Kompensationsgüter einigmaßen vermarktet werden konnten.

Die massiven Preissteigerungen für Rohöl erleichterten der Sowjetunion die Finanzierung die Importe westlicher Investitionsgüter, verschlechterten aber die Handelsbilanz der westlichen Industrieländer. Ihr Anteil am sowjetischen Außenhandel stieg von 21,3 % im Jahre 1970 auf knapp 33 % im Jahre 1976, während er im gesamten Jahrzehnt davor lediglich um 2,3 % zugenommen hatte. Die signifikante Zunahme beruhte also im wesentlichen auf teuren Rohstofflieferungen, die den kompensatorischen Charakter der Wirtschaftsbeziehungen noch verstärkten.⁸¹ Für die rohstoffarme Bundesrepublik war neben Energieträgern die Lieferung von Nichteisenmetallen interessant, die in einigen Bereichen beträchtliche Anteile erreichten.⁸² Im Unterschied zu anderen Rohstofflieferanten war die Aufnahmefähigkeit des sowjetischen Marktes für Fertigwaren und Hochtechnologie groß, hatte doch der unvermeidliche Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum den Bedarf stark anwachsen lassen. Wie schon seine Vorgänger bewunderte auch der Parteichef Breschnew die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die deutsche Ingenieurskunst und maß den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen unbeschränkte Möglichkeiten zu.⁸³ Er war der Überzeugung, dass diese Beziehungen trotz der bereits zu verzeichnenden Zuwachsraten erst am Anfang stünden, und wurde nicht müde, die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Politik zu betonen.⁸⁴ Doch die Wirksamkeit eines von außen stimulierten Wirtschaftswachstums war im starren Sowjetsystem mit seiner von der Partei monopolisierten Vergesellschaftung begrenzt. Zwar schien es durchaus folgerichtig, sich über die internationale Arbeitsteilung Innovationen anzueignen und die Devisenprobleme zu umgehen. Die Schließung der technologischen Lücke war jedoch systembedingt auf diesem Wege kaum möglich, zumal Wachstum durch Außenhandel nur durch einen substitutiven und nicht durch einen komplementären Handel erzeugt werden kann. Beim Austausch mit den kapitalistischen Ländern Westeuropas musste sich daher auf der Basis desselben Wachstumsmodells eine einseitige Abhängigkeit ergeben.⁸⁵

Andererseits machte die Entwicklung eines Geflechts von wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den westeuropäischen Ländern eine Rückkehr zu Sanktionen und zur wirtschaftlichen Kriegsführung unwahrscheinlich und hielt auch dem Druck der amerikanischen ›Wirtschaftsdiplomatie‹ stand.⁸⁶ Die mit der Modernisierung unter westlicher Mitwirkung verbundene teilweise Öffnung nach außen und die Konfrontation mit der Dynamik des Westens barg zugleich aber auch die Gefahr einer allmählichen Veränderung der

80 Vgl. *Wörmann*, Osthandel als Problem, S. 84 f.

81 Vgl. *Klaus Bolz u. a.*, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Hamburg 1976, S. 263–65, und *Wörmann*, Osthandel der Bundesrepublik, S. 86. Hiernach erreichte der Energieanteil fast 80 %.

82 Bei Chromerzen 25 %, bei Kupfer 14,5 %, bei Molybdän 27 % und bei Titan sogar 80 %. Vgl. *Wörmann*, Osthandel der Bundesrepublik, S. 233.

83 Daran hat *Willy Brandt* erinnert: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 476 f.

84 Vgl. *Jain*, S. 156.

85 Vgl. *Renate Damus*, RGW – Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Osteuropa, Opladen 1979, S. 194 f.

86 Vgl. *Hanns-Dieter Jacobsen*, Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als deutsch-amerikanisches Problem, Baden-Baden 1986, S. 148–152. Hinter diesem Konzept stand damals Samuel Huntington als Sonderberater im Nationalen Sicherheitsrat, der die Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in ein Konzept der »economic diplomacy« einbringen wollte.

kommunistischen Systeme oder gar einer »Desintegration des Ostblocks«.⁸⁷ Dieser Gefahr sollte durch den Abschluss von Regierungsabkommen und gemeinsamen Beratungsgremien zur Förderung des Handels und zur Vorbereitung einer langfristigen industriellen Kooperation begegnet werden. Der Handelsaustausch auf der Grundlage jährlich festzulegender Warenkontingente wurde abgelöst durch Kooperationsförderungsabkommen, die es den realsozialistischen Ökonomien erlaubte, sich über die internationale Arbeitsteilung die überfälligen Innovationen anzueignen und dabei zugleich die Devisenprobleme zu umgehen. Insbesondere für die UdSSR erfüllten derartige Regierungsabkommen auch den Zweck, durch eine Verlagerung auf die politische Ebene den Eindruck zu erwecken, als ginge es in erster Linie um Entspannung und Frieden und weniger um ökonomische Erfordernisse. Diese aber ließen sich ohne das Risiko von Wirtschaftsreformen gerade über bilaterale Regierungsabkommen in die Fünfjahrespläne integrieren.⁸⁸

III. DAS ERSCHÖPFTE SOWJETSYSTEM UND SEIN UNAUFHALTSAMER NIEDERGANG

Wie schon im zaristischen Russland und in der frühen Sowjetunion wurden die Außenwirtschaftsbeziehungen spätestens seit den 1970er-Jahren im gesamten Sowjetblock zu einem unverzichtbaren Modernisierungsfaktor, um Defizite der binnenwirtschaftlichen und technologischen Entwicklung zu kompensieren. Für die Sowjets war der Außenhandel stets auch ein Instrument, das gezielt im Industrialisierungsprozess und in der Wirtschaftsplanung eingesetzt wurde und der bis zum Schluss dadurch gekennzeichnet war, dass hochwertige Investitionsgüter gegen Produkte des primären Sektors ›getauscht‹ wurden. Einem solchen komplementären Handel die nötige Stetigkeit zu verleihen, bedurfte es langfristiger Liefervereinbarungen und vor allem einer langfristigen Importfinanzierung. Die Kredit- und damit die Verschuldungsfrage berührten von Anfang an und oft in dramatischen Auseinandersetzungen die politische Dimension des Russland- bzw. Ost-West-Handels, denn Geschäfte mit dem ideologischen Gegner und militärischen Kontrahenten mussten notgedrungen politische Geschäfte sein.⁸⁹

Die Sowjetunion hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zwar von einem Randgebiet der Industrialisierung zu einer eigenständigen industriellen Weltmacht entwickelt, abgesehen von der Rüstungs- und Weltraumindustrie konnte sie aber die rasanten Fortschritte der wieder rasch prosperierenden bürgerlich-kapitalistischen Welt nicht nachvollziehen. Da die Sowjets die Erfolge im Sozialismus letztlich an den Errungenschaften der USA, Westeuropas und Japans maßen, stellte der ›Wettlauf der Systeme‹ die zentrale Antriebskraft der sowjetischen Politik dar. Nicht nur, dass die Parole vom ›Überholen‹ der fortschrittlichsten westlichen Industrieländer völlig aus der Luft gegriffen war, seit den 1970er-Jahren, als der nicht zuletzt durch den gewonnenen Krieg bewirkte Schwung endgültig erlahmte, waren sowohl die östliche Führungsmacht als auch ihre europäischen Satelliten auf den Güter- und Informationsaustausch mit den kapitalistischen Konkurrenten angewiesen. Da die angemessene Berücksichtigung bisher vernachlässigter Produktionsbereiche jedoch die Möglichkeiten des Planungsapparates überstieg, rückten der Kauf kompletter Industrieanlagen, die wissenschaftlich-technische und betriebliche Kooperation in den Mittelpunkt des Interesses. Die Ablösung von Stalins Imperialismus durch die Ko-

87 Vgl. *Niedhart/Bange*, S. 432 f.

88 Vgl. *Charles Levinson*, Wodka-Cola. Die gefährliche Kehrseite der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West, Reinbek 1978, S. 55.

89 Vgl. das Modell intersystemarer Außenwirtschaftsbeziehungen bei *Hans-Jürgen Perrey*, Der Rußlandauschuss der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985, S. 29–31.

existenzpolitik seiner Nachfolger sollte der angeschlagenen Volkswirtschaft Entlastung und die Einlösung bisher unerfüllter materieller Versprechungen bringen. Der sowjetische Westhandel war deshalb nicht Ausdruck einer grundsätzlichen Abkehr von der Isolierung und Einordnung in die internationale Arbeitsteilung, sondern diente vordergründig dem Ziel, den Rückstand gegenüber den modernen Industriesystemen der kapitalistischen Rivalen mit deren Hilfe aufzuholen.⁹⁰ Unter den gegebenen Umständen sollte sich das jedoch als aussichtslos erweisen.

Das Sowjetsystem war den Anforderungen einer ›permanenten industriellen Revolution‹ nicht gewachsen. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums, der in den späten 1950er-Jahren begonnen hatte, beschleunigte sich, und die sowjetische Volkswirtschaft geriet zunehmend in Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen – landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Kapitalgütern und Know-how. Während Anfang der 1970er-Jahre die Wachstumsrate noch hoch genug schien, um die steigenden Militärausgaben und den verbesserten Lebensstandard zu bestreiten, wurde es seit Mitte der 1970er-Jahre immer fraglicher, ob noch eine dafür ausreichende Investitionsquote erzielt werden konnte. Im Westen wurde erst spät erkannt, dass sich hinter der scheinbar unerschütterlichen Stabilität des Sowjetsystems und seiner gewaltigen Militärmacht ein zunehmender wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und auch politischer Verfall verbarg. Die Sowjetunion fiel nicht nur bei den wissenschaftlich-technologischen Innovationen zurück, ihre Wirtschaft war auch völlig ineffizient und verschwenderisch. Das Verhältnis von Kapitaleinsatz und Produktionsergebnis wurde immer ungünstiger, die Arbeitsproduktivität sank und die demographische Entwicklung verringerte den Zuwachs an Arbeitskräften. Auch die Verfügung über die natürlichen Ressourcen wurde immer aufwendiger und bremste das Wirtschaftswachstum. Doch das Regime war unfähig, die strukturellen Probleme der Wirtschaft, die einem Anwachsen der Produktivität entgegenstanden und die von der zentralen bürokratischen Planung und Lenkung und den alles erstickenden Kontrollen des stalinistischen Systems herührten, zu lösen. Das in der extensiven Entwicklungsphase aufgebaute Planungs- und Leitungssystem hemmte den Produktivitätsfortschritt und verhinderte den Übergang zu einer intensiven Phase der wirtschaftlichen Entwicklung.⁹¹

Eine weitere Schwierigkeit, den Zustand der Sowjetwirtschaft zu beurteilen, bestand in der Datenlage und ihrer Interpretation. Die sowjetischen Statistiken beruhten auf politischen Überlegungen, nicht auf wirtschaftlichen, und ihre Preise folgten der Logik des Plans, nicht des Marktes. Der Plan aber war nicht an Gewinnen und Verlusten orientiert, sondern an ideologischen Absichten. Und die schwerfällige Planmaschinerie konnte eine komplexe und hochtechnisierte Wirtschaft nicht mehr bewältigen. Sie war statisch und damit auf Stagnation und Verfall programmiert.⁹² Dieser Zustand der binnenwirtschaftlichen Organisation hatte zur Folge, dass die Sowjetunion im internationalen Handel mit den industriellen Fertigwaren der kapitalistischen Industrieländer nicht konkurrieren konnte, ja dass sie sich bestenfalls als das »entwickelteste der Entwicklungsländer« behaupten würde, während sich der technologische Vorsprung des Westens und besonders die Leistungskraft der amerikanischen Wirtschaft in beunruhigender Weise von Jahr zu Jahr vergrößerten.⁹³ Zwar war der militärische Sektor als einziger noch konkurrenz- und funktionsfähig, doch

90 Vgl. Reinhold Biskup, Strategie und Taktik der sowjetischen Koexistenzpolitik auf dem Gebiet des Außenhandels. Ausarbeitung in: BA Koblenz, B 102, Bd. 69.036 (35 Seiten).

91 Vgl. Arnold L. Horelick, Innere Entwicklung der Sowjetunion als Bedingung ihres Außenverhaltens, in: Nerlich/Thompson, S. 135–161, hier: S. 141 f.

92 Vgl. Martin Malia, Vollstreckter Wahn. Rußland 1917–1991, Stuttgart 1994, S. 407–411 und Zbigniew Brzezinski, Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems, Wien 1989, S. 48–52.

93 Vgl. Seweryn Bialer, The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline, New York 1986.

die Rückständigkeit des Gesamtsystems bedrohte auf längere Sicht auch seine Position. Die Herausforderungen auf den Gebieten der Petrochemie, der Elektronik, der Haushaltsgeräte und schließlich der Computer machten das Versagen des Sowjetsystems offenkundig. Der Plan forderte von der Industrie bis zum bitteren Ende unbeirrt die Steigerung der althergebrachten Produktion, und Breschnew hätte den ›Tauschhandel‹ am liebsten auf den Westhandel übertragen. Die dringend benötigten Konsumgüter wurden entweder gar nicht oder in unsäglichlicher Qualität hergestellt. Innovationen, die für weitere wirtschaftliche Fortschritte unerlässlich waren und die auch immer wieder von geeigneten Spezialisten versucht wurden, scheiterten an der Trägheit des Systems und der Ignoranz seiner Träger.⁹⁴

Dass die Sowjetunion auch nach sechs Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft nur über eine geringe Innovationskraft verfügte, hatte mit der völlig unangemessenen Steuerung ihres Modernisierungsprozesses zu tun. Während sich die westlichen Nationen in ihrer Entwicklung einander sukzessive anpassten, verfolgte die östliche Gegenmacht eine schubweise und selektive Industrialisierung. Sie nahm technisches Wissen begierig auf, blendete die geistig-politischen Bedingungen aber weitgehend aus. Da die UdSSR als Folge des Zweiten Weltkrieges und der Konzentration auf die Rüstungstechnik militärisch und strategisch mit dem Westen gleichziehen konnte, neigte die Außenwelt zu Fehleinschätzungen der sowjetischen Gegebenheiten. Ihr wurden Entwicklungsmerkmale zuerkannt und Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet, über die sie nicht verfügte oder die sie nicht adäquat nutzen konnte. Die intellektuelle Beschränkung auf eine überholte Leitphilosophie schnitt die zweite Weltmacht von den geistig-kulturellen Strömungen und Errungenschaften der übrigen Welt ab und brachte eine eindimensionale Sonderzivilisation hervor, die für den Austausch mit den hochentwickelten westlichen Nationen wenig kompatibel war und teilweise bedenkliche Außenwirkungen hatte.⁹⁵

Die Notwendigkeiten der modernen Industriegesellschaft zwangen zwar zu Reformen und zur Kooperation, die zur Zauberformel für das Ost-West-Geschäft wurde, eine Öffnung der kommunistischen Systeme oder gar eine Konvergenz war jedoch ohne Beseitigung des Machtmonopols der kommunistischen Partei und eine Systemtransformation nicht denkbar. Die wirtschaftlichen Strukturprobleme der Staatshandelsländer wurden von Kennern der dortigen Praxis zwar gesehen, gleichwohl wurden dem Westen vergleichbare Entwicklungsprozesse unterstellt, wobei am Fortbestand der kommunistischen Systeme in Osteuropa nicht gezweifelt wurde. Dabei waren die Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Gesellschaften längst erschöpft, und die Kommunisten mussten sich nach anderen Quellen fürs Überleben umsehen. Da sie den Konkurrenzkampf ohnehin längst verloren hatten, war dies schließlich nur noch in einer oftmals bizarren Symbiose mit dem Westen möglich.

So wurden der Westhandel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Weltmacht Sowjetunion und ihre Verbündeten ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Stabilisierung und Effektivierung des wichtigsten Pfeilers ihrer letztlich reformunfähigen Herrschafts- und Gesellschaftssysteme. Der inzwischen eingetretene Rückstand im Vergleich mit dem westlichen Leistungsniveau konnte aus eigener Kraft nicht mehr aufgeholt werden. Durch den Kauf von Produktionsausrüstungen sowie knappen Nahrungsmitteln und Materialien ließen sich zwar manche Mängel beseitigen und die technologische Lücke verringern, die eigene Innovations- und Anpassungsfähigkeit blieb dabei aber auf der Strecke.⁹⁶ Denn nach wie

94 Vgl. Rafael P. Fjodorow, Wohin geht Rußland? Eine Nation am Scheideweg, Bonn 1993, S. 43–46.

95 Vgl. dazu Claus D. Kernig, Rußlands Verhältnis zum europäischen Modernisierungsprozess. Zur strukturgenetischen Unabschaffbarkeit des Ost-West-Konflikts, in: Inge Auerbach/Andreas Hillgruber/Gottfried Schramm (Hrsg.), Felder und Vorfelder russischer Geschichte. Studien zu Ehren von Peter Scheibert, Freiburg/Br. 1985, S. 15–31.

96 Vgl. Georgij A. Arbatov, Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik, Frankfurt/Main 1993, S. 261.

vor zwang keine Konkurrenz die zunehmend veralteten Betriebe, ihre Produkte zu verbessern und weiterzuentwickeln. In der zivilen Produktion gab es keine effizienten Verfahrenstechniken und damit auch keine Massenfabrikation technisch hochwertiger Produkte – das Kennzeichen einer entwickelten Volkswirtschaft. Diese Produkte einfach im Ausland zu kaufen und oft auch nachzubauen, konnte auf Dauer eigene Forschung und Entwicklung nicht ersetzen. Doch gerade in der modernsten technologischen Entwicklung, bei den Computern, machten sich die strukturellen Hindernisse ihrer Einführung in ganzen Industriezweigen und Dienstleistungsbereichen am nachhaltigsten bemerkbar.⁹⁷ Vor allem aber konnte die Wirtschaftsplanung und -lenkung ohne leistungsfähige EDV nicht mehr bewältigt werden. Gleichwohl setzte Moskau unverdrossen auf spektakuläre Großprojekte der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft und holte dafür westliche Anlagenbauer ins Land. Auf ein Versiegen oder auch nur einen Rückgang der Öleinnahmen waren die sowjetischen Planer nicht eingestellt, so dass die gigantischen Investitionsprojekte schließlich sogar den privilegierten militärischen Sektor in Schwierigkeiten zu bringen drohten.

Die Hoffnung, das System des ›realen Sozialismus‹ ließe sich ohne die von der Breschnew-Nomenklatura gefürchteten Reformen durch einen Modernisierungsschub mit westlicher und insbesondere westdeutscher Hilfe über Wasser halten, entpuppte sich bald als eine der vielen vergeblichen Hoffnungen, die der sowjetische Sozialismus regelmäßig erzeugt hatte. Eine Illusion wurde durch eine andere ersetzt. Der ›entwickelte Sozialismus‹ aber blieb identisch mit dem großen zentralistischen Staatssystem und dem von Stalin errichteten ›Supermonopol‹ der kommunistischen Partei über die gesamte wirtschaftliche und politische Macht. Der Ausbau der militärischen Macht und damit das kräftezehrende Wettrüsten wurde wieder aufgenommen. Um die Lebensbedingungen für die Masse der nichtprivilegierten Sowjetbürger dennoch zu verbessern, sollten durch eine Politik der begrenzten Détente westliche Firmen an Entwicklungsprojekten zugunsten des zivilen Sektors der Sowjetwirtschaft beteiligt und vor allem regelmäßige amerikanische Getreidelieferungen sichergestellt werden.⁹⁸ Einige Jahre später zeigte sich dann umso schonungsloser, dass selbst eine entschlossene Abkehr von den erstarrten Formen des stalinistischen Systems dem Sozialismus in der Sowjetunion nicht auf die Sprünge helfen konnte. Vielmehr offenbarte sich jetzt in aller Deutlichkeit, dass die sowjetische Volkswirtschaft auch durch Einführung moderner Technologien und marktwirtschaftlicher Elemente nicht zukunftsfähig zu machen war.

IV. DIE ABSCHWÄCHUNG DER WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN UND DAS ENDE DER ENTSPANNUNG

Die sozialdemokratischen Bundeskanzler Brandt und Schmidt waren davon überzeugt, dass ein gutes deutsch-sowjetisches Verhältnis auf starke Wirtschaftsbeziehungen angewiesen war, wenngleich die historische Erfahrung aus der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg dies nicht bestätigte. So wurden zwischen 1970 und 1978 die entscheidenden Schritte des Übergangs von der Konfrontation zur Kooperation unternommen, und der erste Breschnew-Besuch bildete den Abschluss der bilateralen Phase der Entspannung zwischen Moskau und Bonn. Es folgte der Übergang zu multilateralen Verhandlungen auf EG- und KSZE-Ebene. Als Breschnew 1978 ein zweites Mal in die Bundesrepublik kam, wurde ein weiteres nicht zustimmungspflichtiges »Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR« unterzeichnet, das auf einen Zeitraum von 25 Jahren angelegt war und das Helmut Schmidt

⁹⁷ Vgl. dazu bei Kernig, Lenins Reich, S. 251–263.

⁹⁸ Vgl. Robert C. Tucker, Aufgeblähter Staat, abgenützte Gesellschaft. Stalins Vermächtnis an Breschnew, in: Europäische Rundschau 12 (1982), S. 81–108, hier: S. 96 f.

weit über seinen wirtschaftlichen Inhalt hinaus als einen historisch einmaligen politischen Akt bezeichnete, der vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre.⁹⁹ Zwar wurden auch diesmal nur allgemeine Zielvorstellungen formuliert, gleichwohl kam diesem Wirtschaftsabkommen ein zukunftsweisender Symbolcharakter zu. Es sollte eine solide materielle Basis zur Konsolidierung des bilateralen Verhältnisses bilden und die politischen wie wirtschaftlichen Beziehungen in eine dauerhafte Abhängigkeit voneinander bringen. Diese Verknüpfung konnte sich jedoch nicht bewähren, solange Moskau nicht auch zu Zugeständnissen auf militärisch-strategischem Gebiet bereit war, sondern im Gegenteil den Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes im Jahrzehnt der Entspannung mit Macht vorantrieb.

Die durch den politischen Wandel forcierten Wirtschaftsbeziehungen und ihre von Breschnew ausgemalten Perspektiven entfalteten keine Fernwirkung. Die anfängliche Euphorie und der echte Elan waren bald verflogen. An die Steigerungsraten der ersten Jahre konnte trotz wiederholter Beteuerungen, die Grundlagen der Zusammenarbeit zu erweitern, nicht mehr angeknüpft werden. Auf deutscher Seite ließ sich kaum noch jemand von den Visionen einer deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation beeindrucken. Die Wirtschaft zeigte sich eher zurückhaltend und verschanzte sich hinter gedämpften Erwartungen gegenüber langfristigen Projekten. Den von beiden Regierungen vorgegebenen Rahmen mit Leben zu erfüllen, sollte sich als unerwartet schwierig erweisen, zumal die Probleme der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Ost und West unvermindert fortbestanden. So beurteilte auch Otto Wolff die Chancen des Abkommens vom 6. Mai 1978 pessimistisch. Zwar erlaube es eine bessere Planung und auch eine Vergrößerung des Warenaustauschs, »letzteres ist aber zwischen Ländern mit solch unterschiedlichen Wirtschaftssystemen problematisch«.¹⁰⁰ Die Entpolitisierung der Wirtschaftsbeziehungen und die Erhöhung des Einsatzes konnten die bestehenden Strukturprobleme nicht aus der Welt schaffen. So stagnierte das Austauschvolumen auch in den 1980er-Jahren, und selbst der von Gorbatschow schließlich in Gang gesetzte Transformationsprozess bewirkte zunächst keine neuen Aktivitäten westdeutscher Unternehmer. Lediglich der nach der zweiten Ölkrise (1979) im November 1981 abgeschlossene vierte Erdgasliefervertrag, der bei einer Laufzeit von 25 Jahren ein jährliches Volumen von 10 Milliarden Kubikmeter Gas für die Bundesrepublik vorsah, setzte die 1970 begonnene Erfolgsgeschichte fort und überstand auch den politischen Druck der USA auf das Röhrengeschäft.¹⁰¹

Schon Mitte der 1970er-Jahre wurde deutlich, dass das potentielle Ungleichgewicht der beiderseitigen Exportangebote längerfristig nicht aufrechtzuerhalten und auch nicht durch Kreditvergabe zu überbrücken war.¹⁰² Neben den hemmenden systemaren Widersprüchen behinderten politische Differenzen die Ost-West-Kooperation. So waren die Sowjets zu weiterreichenden Konzessionen als der Einbeziehung West-Berlins in Wirtschaftsvereinbarungen mit der Bundesrepublik nicht bereit, mahnten aber umgekehrt immer wieder die Erfüllung der eigenen politischen Erwartungen an, wenn man auch weiterhin als ein ernsthafter Wirtschaftspartner angesehen werden wolle.¹⁰³ Wegen der schwachen sowjetischen Anbieterposition gab es für eine negative Verknüpfung allerdings keine ausreichende Basis. Das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion war aber auch von der Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen betroffen und wurde im Zusammenhang mit der Kritik am letzten großen Erdgas-Röhren-Geschäft, der Frage nach der Abhängigkeit

⁹⁹ Vgl. Jain, S. 157 und Jacobsen, S. 154.

¹⁰⁰ Zit. nach Stent, Wandel, S. 174 f.

¹⁰¹ Vgl. Jains, S. 164–168 und Bergmann, S. 74.

¹⁰² Vgl. hierzu Jochen Bethkenhagen, Die Handelsbeziehungen – partielle Interdependenzen oder Randerscheinung?, in: Rode/Jacobsen, S. 24–42.

¹⁰³ Vgl. Avril Pittman, From Ostpolitik to Reunification. West German-Soviet Political Relations since 1974, Cambridge 1992, S. 169 f., und Stent, Wandel, S. 202 f.

auf einem so sensiblen Gebiet sowie nach den Auswirkungen des Technologietransfers auf die westliche Sicherheit auf eine Belastungsprobe gestellt. Weder die neuerliche Auseinandersetzung über den Stellenwert der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen noch das gescheiterte amerikanische Exportverbot für Energietechnologie von 1982 brachten Klarheit, wie die Sicherheitsdimension des Ost-West-Handels besser berücksichtigt werden könne.¹⁰⁴ Bei aller Wertschätzung der Wirtschaftsbeziehungen als Instrument, um die Entspannung zu fördern und zugleich das sowjetische Verhalten durch Anreize bzw. Verweigerungen zu beeinflussen, blieb die ernüchternde Tatsache, dass die Entspannung und die liberalere Handelspolitik der 1970er-Jahre eine weitere sowjetische Machtausbreitung und vor allem die Invasion in Afghanistan nicht verhindern konnten. Der Handel als ›Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen Mitteln‹ musste gegenüber einem Partner versagen, für den machtpolitische und ideologische Erwägungen nach wie vor den absoluten Vorrang hatten. Andererseits befürchtete man auf amerikanischer Seite, dass eine sowjetische Handhabung des Handels nach rein wirtschaftlichen Kriterien die Möglichkeiten schwinden lassen würde, diesen als politischen Hebel zu benutzen.¹⁰⁵ Diese Form der Politisierung war aber durchaus fragwürdig, denn damals war keineswegs klar, inwieweit die sowjetische Volkswirtschaft auf die Ergänzung durch westliche Maschinen und Ausrüstungen angewiesen war und wie effektiv die westliche Technologie dort eingesetzt werden konnte.

Die Fortdauer der politischen und wirtschaftlichen Grundsatzentscheidungen in Ost und West machte den Handel zum wichtigsten Handlungs- und Kommunikationsmittel zwischen der ökonomisch attraktiven Bundesrepublik und den Staaten des Sowjetblocks. Der Osthandel behielt aber seinen besonderen politischen Stellenwert und konnte angesichts der unverminderten sowjetischen Herausforderung jederzeit wieder politisiert und von Washington mit einem Embargo bedroht werden. Dennoch erwiesen sich wirtschaftliche Eigeninteressen und die Überzeugung vom stabilisierenden Einfluss einer langfristig angelegten wirtschaftlichen Zusammenarbeit am Ende der Entspannungsphase als stark genug, um sich Sanktionsforderungen zu widersetzen. Während in den 1950er-Jahren vor allem westdeutsche Osthandelsfirmen oft im Gegensatz zur Regierung standen und mit politisch oktroyierten Beschränkungen der Warenlisten und der Kreditbedingungen zu kämpfen hatten, zogen seit den 1970er-Jahren Regierungs- und Unternehmensvertreter im wohlverstandenen nationalen Interesse beim Ostgeschäft meist an einem Strang.¹⁰⁶ Spätestens mit dem Abflauen des Osthandel-Booms¹⁰⁷ zeigte sich aber, dass auch in Zeiten politischer Entspannung die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen von ökonomischen Faktoren abhängig blieben und politischer Rückenwind nur wenig ausrichten konnte. Zudem herrschte Einigkeit darüber, dass wegen einer möglichen Steigerung des Osthandels keiner der etablierten westlichen Märkte aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Nimmt man die wohlbekanntesten wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Sowjetblock und den geringen Anteil des Osthandels am gesamten Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik hinzu, dann spricht wenig für eine ökonomische Interpretation der Neuen Ostpolitik.¹⁰⁸

104 Vgl. hierzu *Jacobsen*, S. 142–153.

105 Vgl. *Henry Kissinger*, *Memoiren 1968–1973*, München 1979, S. 169 f.

106 Vgl. *John van Oudenaaren*, *Détente in Europe. The Soviet Union and the West since 1953*, Durham/London 1991, S. 272.

107 Die westdeutschen Ostexporte stiegen überproportional auf einen Spitzenwert von 7,2%. Vgl. *Spaulding*, S. 487. Staatssekretär Hermes hat allerdings für 1975 einen Höchstwert von nur 5,9% angegeben. Nach Vortrag vom 9.5.1978 in Wien, Manuskript in Besitz des Verfassers.

108 Der umstrittene Versuch, die Ostpolitik in Zusammenhang mit einem ökonomischen Imperialismus zu bringen, wurde u. a. unternommen von *Claudia von Braunmühl*, *Ist die ›Ostpolitik‹ Ostpolitik?*, in: *Egbert Jahn/Volker Rittberger* (Hrsg.), *Die Ostpolitik der BRD*, Opladen 1974, S. 13–28.

Den Anteil der sozialistischen Länder deutlich zu erhöhen, hätte es einer radikalen Neuorientierung des Außenhandels – dies wäre einer ›systemöffnenden Koexistenz‹ gleichgekommen – oder einer Zurückstellung der sozialistischen ökonomischen Integration bedurft. Obwohl die sowjetische Kooperationsbereitschaft hochgesteckte Erwartungen hervorrief, war doch schwer abzuschätzen, wie weit die Kooperationswünsche wirklich gingen und wie weit die Sowjetführer eine Aufweichung des Systems zulassen würden.¹⁰⁹ Einer starken Ausweitung des Osthandels der Bundesrepublik standen jedenfalls auf absehbare Zeit gravierende Hindernisse entgegen, die aus den Strukturen der östlichen Wirtschaftsorganisation, einer beschränkten Lieferfähigkeit und nicht zuletzt aus der zunehmenden Konkurrenz Japans und der Vereinigten Staaten resultierten.¹¹⁰ So stellten sich denn auch nach einem kurzen Zwischenhoch in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre wieder die gewohnten Größenordnungen ein. Zwar hatte der kontinuierliche Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen auf beiden Seiten Interesse und Verständnis geweckt und schließlich sogar zu intensivem unternehmerischem Engagement geführt, die Möglichkeiten der Einbeziehung der staatssozialistischen Planwirtschaften in die internationale Arbeitsteilung waren jedoch begrenzt, und die Hoffnungen auf eine praktische Konvergenz konnten sich schwerlich erfüllen.

Die Annäherung zwischen Bonn und Moskau hat streckenweise eine enorme Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern mit sich gebracht. Die politische Erwartung, dass intensives wirtschaftliches Engagement zu einem sicheren Frieden führen würde¹¹¹, konnte sich jedoch ebenso wenig erfüllen, da die Sowjetführung nicht auf den Ausbau ihres militärischen Potentials und eine weltweite militärische Präsenz verzichten wollte. Aus der Sicht Moskaus konnte und sollte weder politische noch wirtschaftliche Entspannung die unversöhnlichen Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus überwinden. Von daher war die Sowjetunion auch in der internationalen Arena keine normale Großmacht, agierte und reagierte sie doch nach unverrückbaren ideologischen Vorgaben und mit einem klaren Feindbild. Die Sowjetführer waren vom stalinistischen Verständnis politischer Macht ebenso geprägt wie von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges.¹¹² Ein Mann wie Breschnew meinte es daher mit seinen Äußerungen über friedliche Beziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit durchaus ernst, gleichzeitig konnte er sich aber nicht von der Vorstellung lösen, wonach ›Entspannung‹ (Détente) nur eine besondere Form des ›Klassenkampfes‹ war. Und in den Auseinandersetzungen mit der ersten Weltmacht war er völlig auf eine Position der Stärke fixiert.¹¹³

Wirtschaftliche Détente hatte für die UdSSR und das kommunistische Osteuropa unbestritten Vorrang, um am technischen Fortschritt teilzuhaben und Vorteile aus der »Konkurrenz der Kapitalisten« zu ziehen. Die Abhängigkeit von hochtechnisierten Produkten und Kapitalhilfen aus dem Westen und ihre Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum waren dabei je nach Größe der Volkswirtschaft sehr unterschiedlich. Für die Sowjetunion war sie insgesamt eher gering, in Teilbereichen (Chemie und Energieträger) aber erheblich.¹¹⁴

109 Vgl. *Niedhart*, S. 258–60.

110 Vgl. *Peter Hermes*, *Wirtschaftliches Engagement der Bundesrepublik Deutschland im Osten. Erwartungen und Wirklichkeit*, in: *Europa-Archiv*, Folge 1 (1973), S. 7–16, hier: S. 12 f.

111 Vgl. *Hermes*, S. 14.

112 Vgl. dazu *Seweryn Bialer*, *Stalin's Successors. Leadership, Stability and Change in the Soviet Union*, Cambridge/Mass. 1980.

113 Vgl. *Sodaro*, S. 228 f.

114 Übertrieben ist daher die Behauptung, der technologische Fortschritt in fast allen Bereichen der Sowjetwirtschaft beruhe seit 1917 auf der Übernahme westlicher Technologie. So das Fazit von *A.C. Sutton*, *Western Technology and Soviet Economic Development 1917 to 1930/1930 to 1945*, Stanford/Cal. 1968/1971.

Angesichts der wirtschaftlichen Notwendigkeiten hatte der Westhandel längst keine ›Lückenbüßerfunktion‹ mehr, sondern wurde unverzichtbar für die Modernisierung und Konkurrenzfähigkeit der östlichen Volkswirtschaften. Dennoch kamen die neuen Formen des wirtschaftlichen Austauschs kaum über die herkömmlichen Handels- und Kompensationsgeschäfte hinaus. Trotz der sowjetischen Visionen von den unbegrenzten Möglichkeiten einer deutsch-russischen Zusammenarbeit wurden keine neuen Dimensionen der Wirtschaftsbeziehungen erschlossen.¹¹⁵ So nützlich der Technologieimport für die Sowjetwirtschaft auch gewesen sein mag, eine nachhaltige Produktivitätssteigerung konnte letztlich nur durch binnenwirtschaftliche Maßnahmen erreicht werden. Diese hätten aber eine andere Wirtschaftsordnung erfordert. Da die Stagnation der Breschnew-Ära selbst kleine Schritte in Richtung Veränderungen nicht zuließ, blieb die Ost-West-Kooperation insgesamt wenig entwicklungsfähig.

Eine nicht zu unterschätzende Ursache dafür – ebenso wie für die stagnierende Verbesserung der Beziehungen allgemein – war das zunehmende Siechtum des sowjetischen Generalsekretärs, das seit den späten 1970er-Jahren die Entscheidungsfähigkeit der Weltmacht lähmte und wenig Raum für Initiativen ließ.¹¹⁶ Dennoch verfolgte Kanzler Schmidt unabhängig von seinem konsequenten Auftreten gegen die sowjetische Aufrüstung unbeirrt eine Politik der Entwicklung aktiver Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion, auch in der Hoffnung, die verbesserten Wirtschaftsbeziehungen positiv instrumentalisieren zu können. Zwar reichte das ökonomische Potential weder für eine Revision von politischen Grundsatzentscheidungen noch zur politischen Erpressung, es war aber durchaus geeignet, die Aufrechterhaltung guter Beziehungen und die Zusammenarbeit zu unterstützen.¹¹⁷ Hierin fand auch die Wirtschaftsdiplomatie über die Entspannungsphase der 1970er-Jahre hinaus ihre Rechtfertigung.

Echte Fortschritte bei der industriellen Kooperation waren erst mit dem postkommunistischen Russland möglich. Hier wartete auf die deutsche Industrie eine neue Aufgabe, für die sie durch einen großen Fundus von Erfahrungen gut gewappnet war. Wie viel die Osthändler der westdeutschen Industrie zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen haben, ist natürlich schwer zu sagen. Karsten Rudolph misst zumindest der spannungsdämpfenden Wirkung ihrer Aktivitäten große Bedeutung bei und hält sie bei der entspannungspolitischen Wende sogar für entscheidend.¹¹⁸ Wenngleich im vereinigten Deutschland das Gewicht der außenwirtschaftlichen Interessen gegenüber den außenpolitischen noch zugenommen hat, so gilt damals wie heute, dass gute und dauerhafte Geschäfte nur mit gleichartigen Gesellschaftssystemen und freiheitlichen Regierungsformen gemacht werden können. Obgleich auch das neue Russlandgeschäft gute Aussichten eröffnete und verstärktes Engagement hervorrief, und der deutschen Präsenz auf dem russischen Markt angesichts des gewachsenen Gewichts der außenwirtschaftlichen Interessen große außenpolitische Bedeutung zukam, blieb die Erfahrung gültig, dass noch so schöne Geschäftsaussichten ohne einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Wandel fragwürdig bleiben. Die Frage nach dem ›Wandel durch Handel‹ ist mit Blick auf die neue Ordnung in Russland heute wieder sehr aktuell und wohl unverändert pessimistisch zu beantworten.

115 Vgl. Rudolph, S. 353 f.

116 Vgl. Stent, Rivalen, S. 56. Valentin Falin hat in Gesprächen mit dem Verfasser darauf hingewiesen, dass die Sowjetunion über viele Jahre eigentlich führungslos gewesen sei.

117 So auch das Fazit von Bethkenhagen/Machowski, S. 83.

118 Vgl. Rudolph, S. 355.